Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Volkswacht

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion. an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Nr. 48. | Danzig, den 11. Juni 1913. | 4. Jahrgang.

Die Bilanz der Landtagswahlen.

Daß es unter dem Dreiklassenwahlsystem mit seiner veralteten Wahlkreiseinteilung gelingen würde, die konservativ-klerikale Mehrheit des Preußischen Abgeordnetenhauses zu beseitigen, mußte von vornherein als ausgeschlossen gelten. Seit etwa 30 Jahren verfügen die beiden konservativen Parteien über rund 200, das Zentrum über rund 100 Mandate, die zum weitaus größten Teil als sicherer Besitzstand gelten, als so sicherer Besitzstand, daß es schon zur Gewohnheit geworden ist, in den meisten dieser Kreise von der Aufstellung von Gegenkandidaten Abstand zu nehmen. Es handelt sich da nicht um Wahlen, sondern um Ernennungen, und außerdem haben diese Kreise das Gute, daß sie Zufluchtsorte für Abgeordnete bilden, deren Wiederwahl in ihrem bisherigen Kreise aussichtslos ist: So flüchtete sich der Konservative Renommierhandwerker Hammer aus Teltow-Beeskow in das gesegnete Putlitzkamerun, und den Zentrumsabgeordneten Gronowski, der im Jahre 1908 mit sozialdemokratischer Hilfe Dortmund-Land erobert hatte, trieb sein böses Gewissen nach München-Gladbach. Aber auch in den Kreisen, in denen um das Mandat gekämpft wurde, gab es wenige, in denen man dem Ausgang des Kampfes mit Spannung entgegensah. Diese Tatsache in Verbindung mit dem Widerwillen des größten Teiles des Volkes gegen ein Wahlsystem, das geradezu angetan ist, den Wählern die Ausübung ihres höchsten staatsbürgerlichen Rechts zu verekeln, hat zur Folge, daß die Wahlbeteiligung eine überaus schwache ist. Selbst wenn man von den pommerschen Kreisen absieht, in denen von 300 bis 400 Urwählern dritter Abteilung ganze 10 zur „Wahl" erscheinen, reicht die Wahlbeteiligung im Durchschnitt des Staates auch nicht entfernt an die zu den Reichstagswahlen heran, und sogar in den Berliner Außenbezirken mit ihrer starken Arbeiterbevölkerung dürfte sie in der dritten Abteilung nur etwa 50 Prozent betragen.

So stand es von vorherein fest, daß das neue Abgeordnetenhaus sich nicht wesentlich vom alten unterscheiden würde. Fraglich war nur, ob es den beiden konservativen Parteien gelingen würde, die wenigen Mandate, die ihnen zur absoluten Mehrheit fehlen, zu erlangen, oder ob es umgekehrt den liberalen möglich sein würde, den konservativen Besitzstand um ein geringes zu schwächen.

Aus den Wahlen des Jahres 1908 war ein Parlament hervorgegangen, in dem die Konservativen über 152, die Freikonservativen über 60, beide zusammen also über 212 von 443 Sitzen verfügten. Bei Auflösung des Landtages zählten die Konservativen 155, die Freikonservativen 60, zusammen also bereits 215 Mandate, so daß ihnen nur noch 7 an der absoluten Mehrheit fehlten. Die Hoffnung, diese 7 Mandate zu gewinnen, ist nicht nur zuschanden geworden, sondern beide Parteien haben sogar einige Verluste zu verzeichnen, die Konservativen sind um 9, die Freikonservativen um 7 Mandate geschwächt worden. Das Zentrum hat seinen alten Besitzstand von 103 behauptet, die Polen haben 2 Sitze verloren, während die Nationalliberalen 9 und die Sozialdemokraten 4 Mandate gewonnen haben. Es ist also eine geringe Verschiebung nach links zu verzeichnen, die die Gesetzgebung um so weniger beeinflussen dürfte, als die Stärkung der Nationalliberalen dem rechten Flügel dieser Partei zugute kommt, der sich von den Freikonservativen nicht allzusehr unterscheidet.

Wäre es bei einer anderen Taktik der Linken möglich gewesen, den Konservativen weitere Niederlagen beizubringen? Um diese Frage zu beantworten, muß man sich von vornherein darüber klar sein, daß unter den Linken in Preußen nur Fortschrittler und Sozialdemokraten zu verstehen sind. Die Nationalliberalen scheiden aus nicht nur wegen ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen ein gleiches Wahlrecht, sondern auch, weil sich ihr Kampf in weit höherem Maße gegen die Sozialdemokratie als gegen die Rechte richtete. Forderten sie doch noch am Tage der Wahl ihre Wähler auf, bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Kandidaten unbedingt für erstere einzutreten. Es hätte sich also nur um ein taktisches Zusammengehen zwischen Fortschrittlern und Sozialdemokraten handeln können, um ein solches Zusammengehen hätte allerdings in einer Reihe von Kreisen, wenn auch nicht in allzu vielen, einen Erfolg der Linken herbeiführen können.

Die Sozialdemokratie hat in Würdigung der politischen Situation auf ihrem preußischen Parteitage in diesem Sinne plädiert, die Fortschrittler aber wollten nicht durch das „kaudinische Joch", sie zogen es statt dessen vor, mit den Nationalliberalen zu paktieren. Daß sie dabei besonders gute Geschäfte gemacht haben, werden sie wohl selbst nicht behaupten. Im voraus haben sie ihren Partnern drei Mandate überlassen, diese haben dann auch den Vorteil gehabt, während die Fortschrittler leer ausgehen; sie haben ihren alten Besitzstand behauptet, aber fünf von ihren Mandaten (zwei in Breslau, je eins in Guben-Sorau-Forst, in Haynau-Goldberg-Liegnitz und in Flensburg) verdanken sie sozialdemokratischer Unterstützung und auch die drei Mandate in Brandenburg-Westhavelland werden sie nur mit Hilfe der Sozialdemokratie erobern. Gelingt es ihnen, außerdem noch Berlin 12 in der Stichwahl gegen die Sozialdemokratie zu behaupten, dann wird das Endergebnis der Gewinn von vier Mandaten sein. Das ist alles.

Damit wäre die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei im neuen Abgeordnetenhause von 37 auf 41 angewachsen. Ohne die Stichwahlhilfe der Sozialdemokratie hätte sie trotz des Bündnisses mit den Nationalliberalen sogar einen Verlust von vier Mandaten zu verzeichnen. Sollte das den Fortschrittlichen Führern nicht doch endlich die Augen öffnen und ihnen klar machen, was ihr Vorteil ist? Denn darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß es den Fortschrittlern während des ganzen Wahlkampfes weniger um das Prinzip als um die Stärkung ihrer Fraktion zu tun gewesen ist. Nicht um die Zahl der Wahlrechtsfreunde im Parlament zu vermehren, haben sie sich in Nieder- und Oberbarnim zu dem heldenmütigen Entschluß aufgerafft, sich in der Stichwahl der Abstimmung zu enthalten, sondern weil sie dabei am besten abschnitten. Wären sie auf das Angebot der Konservativen eingegangen, so hätten sie 1, im höchsten Falle zwei Mandate bekommen, die Stimmenthaltung hat ihnen 8 Mandate eingebracht. Also zogen sie das Geschäft mit der Sozialdemokratie vor, zumal da diese es ihnen so leicht wie möglich gemacht hatte.

Bedauerlich ist es, daß auch diese Wahl wieder gezeigt hat, daß ein offenes Eintreten fortschrittlicher Wahlmänner für sozialdemokratische Kandidaten nicht zu erreichen ist. Lieber hat der Fortschritt Pinneberg-Elmshorn der Reaktion überlassen, als daß er in der Stichwahl für die Sozialdemokratie gestimmt hätte.

Die Sozialdemokratie hat ihren alten Besitzstand behauptet, aus eigener Kraft ein neues und durch Stimmenthaltung der Fortschrittler in einem Kreise drei weitere Mandate erobert. Besonders gut hat sie in Berlin abgeschnitten, wo sie in den bisher von ihr vertretenen Kreisen diesmal überall mit weit größeren Mehrheiten gesiegt hat als 1908 und in anderen Kreisen nur mit wenigen Stimmen unterlegen ist. Aber durch diese Erfolge in Berlin und seinen Vororten dürfen wir nicht das eine aus dem Auge verlieren, daß, abgesehen von Linden in ganz Preußen kein Provinzkreis aus eigener Kraft von der Sozialdemokratie erobert ist. An uns hat es wahrlich nicht gelegen, unsere Genossen haben ihre Schuldigkeit getan, die Zahl der Urwähler, die sich trotz der Schikanen des Dreiklassenwahlsystems offen zur Sozialdemokratie bekannt haben, beläuft sich auf mindestens eine Million. Das elende Dreiklassenwahlunrecht hat sich eben wieder einmal bewährt, bewährt im Sinne der Reaktionäre aller Schattierungen, als der feste Wall gegen das Vordringen der Sozialdemokratie.

Diese geringen Erfolge richtig auszunutzen, an der Hand der Wahlstatistik den Wählern ihre Rechtlosigkeit vor Augen zu führen, durch unsere Vertreter im Parlament fortgesetzt Kritik zu üben, **außerhalb des Parlaments den Wahlrechtskampf neu zu entfachen, das muß die nächste und wichtigste Aufgabe der Partei sein. Gelingt es uns, eine Volksbewegung zu entfesseln, die dem Wahlunrecht ein Ende bereitet, dann ist der Zweck des Wahlkampfes erfüllt,** dann wird der Wahlkampf trotz der geringen positiven Erfolge schließlich doch zum Besten des Proletariats, zum Besten der Gesamtheit ausschlagen.

Paul Hirsch.

Politische Übersicht.

Krieg und Mammonismus.

Daß man in der österreichischen Armee plötzlich einen Obersten und Generalstabschef eines Armeekorps zu Prag als Verräter entlarvt hat, welcher seit Jahren die militärischen Geheimnisse Oesterreichs gegen klingende Münze an Rußland auslieferte, hat in der bürgerlichen Welt eine förmliche Erschütterung bewirkt. Man weiß nunmehr, daß der russische Generalstab über Stellung und Aufmarschplan der österreichischen Armee bei der jüngsten Mobilmachung aufs genaueste unterrichtet war. Wenn es zum Kriege gekommen wäre, so wären die Oesterreicher völlig überrascht und überfallen worden. Schaudernd ruft die bürgerliche Presse aus, daß also die Bestechlichkeit eines Generalstäblers über das Schicksal einer Nation entscheiden könne! Das ist allerdings ein außerordentlich trauriger Zustand, und es kann von Nutzen sein, daß er durch diese Affäre einmal mit der Helle eines Blitzes beleuchtet worden ist.

Der Verräter selbst erscheint der bürgerlichen Presse als ein „psychologisches Rätsel". Uns dünkt die ganze Affäre weder neu noch rätselhaft. Sie ist einfach eine moderne Illustration zu dem klassischen Spruch des „staatsklugen" Philipp von Mazedonien, daß ein mit Gold beladener Esel über die höchsten Festungsmauern springen kann. Wenn ein solcher Esel schon im alten Mazedonien so hoch springen konnte, so ist es nicht zu verwundern, wenn er im kapitalistisch-mammonistischen Zeitalter in ein Generalstabsbureau hineinspringt.

Es ist geradezu komisch und kindisch, wenn die bürgerliche Presse jetzt Scheuklappen aufsetzt und tut, als ob dergleichen unerhört wäre. Bestechung und Verräterei kommt so ziemlich in jedem Kriege vor und zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze politische, militärische und diplomatische Geschichte hindurch. Sollen wir einige Beispiele anführen? Im Fürstenfreiheitskrieg von 1813 lief der Schweizer Jomini, der es in Napoleons Armee zum Obersten gebracht, zu den Verbündeten über und verriet ihnen während des Waffenstillstandes Napoleons Operationspläne, wodurch die Verbündeten beim Wiederbeginn der Feindseligkeiten in Vorteil kamen. Napoleon hätte diesen Verräter, wenn er ihn erwischte, sicherlich erschießen lassen; der aber war weit vom Schuß und wurde vom Zaren Alexander dem Ersten zur Tafel gezogen, worüber sogar der Kaiser von Oesterreich sich entrüstete. Von Metternich sagt man, er sei stets von drei Regierungen zugleich bezahlt gewesen. Ein solcher Mensch ist dann immer auf der einen Seite Schurke und auf der andern Vertrauens- und Ehrenmann. Es kommt sogar vor, daß Leute, die in der feindlichen Armee Verrätereien anzetteln wollten, dabei aber ertappt und bestraft wurden, nachher als Helden und Opfer ihrer Pflicht verehrt wurden, wie jener englische Major, den Washington auf solch krummen Pfaden ertappte und ohne Gnade aufhängen ließ.

Die Begriffe von Ehrenhaftigkeit werden da vollständig verwirrt. Man denke noch an den letzten Fall im russisch-japanischen Kriege, wo drei japanische Offiziere, die verkleidet auf Spionage ausgegangen waren, von den Russen ertappt und als gemeine Spione gehängt, von den Japanern aber als Helden und Opfer ihrer Pflichttreue gepriesen wurden!

Das heute bei allen Staaten in so umfassendem Maße bestehende Spionagesystem ist es, welches solche Auswüchse herbeiführt. Die militärischen Autoritäten erklären die Spionage im Kriege für unentbehrlich. Man wird dies auch an sich nicht bestreiten können, soweit es sich um den Kundschafterdienst im Kriege handelt. Aber aus dieser Einrichtung heraus hat sich ein Spionagesystem entwickelt, welches die unheilvollsten Konsequenzen nach sich ziehen mußte. Es hat zwar immer politische Spione gegeben, mit denen die Regierungen sich untereinander und die Parteien überwachten. Dazu ist nun aber noch gekommen, daß mit dem Emporwuchern eines vorher nie gekannten Militarismus und mit der Entstehung des bewaffneten Friedens die militärische Spionage längst auf die Friedenszeit übertragen worden ist. Man sucht sich gegenseitig in der Organisation der Spionage zu überbieten und so kommt es zu Erscheinungen, wie sie nunmehr in Oesterreich zutage getreten sind. Es sind nicht alle Menschen, auch wenn sie einen Offiziersrock tragen, so fest, dem lockenden Angebot von Hunderttausenden zu widerstehen, namentlich wenn, wie in diesem Fall, der in Rede stehende Offizier durch andere Verfehlungen dazu getrieben wird, sich um jeden Preis Geld zu verschaffen.

Ein Blatt fragt ganz erschrocken: „Was hätte in den Augusttagen von 1870 den Deutschen alle Tatkraft der Generale und alle Tapferkeit der Soldaten genutzt, wenn Moltkes Pläne dem Feinde bekannt gewesen wären?"

Nun, eine solche Kalamität wäre auch eingetreten, wenn es in der letzten kritischen Zeit zwischen Rußland und Oesterreich zum Kriege gekommen wäre. Deutschland hätte alsdann als Bundesgenosse Oesterreichs den Krieg nach zwei Fronten, gegen Rußland und Frankreich mitmachen müssen. Russen und Franzosen waren aber über den geplanten Aufmarsch der deutschen Truppen auch mehr oder weniger unterrichtet gewesen. Und zwar nicht etwa durch den Verrat eines deutschen Offiziers. Aber der österreichische und der deutsche Generalstab hatten sich verständigt und der Verräter in Prag war über diese Verständigung vollkommen informiert.

Wenn bei dieser Affäre etwas erstaunlich ist, so ist es die Tatsache, daß ein solcher Verräter sein Handwerk mehr als ein Jahrzehnt lang treiben konnte. Und doch mußte vieles an ihm auffallen, er lebte weit über seine Einnahmen als Oberst und führte in einem abgelegenen Adelspalast in Prag ein lichtscheues Leben. Aber niemand wagte einen Verdacht auf ihn zu werfen. Das ist die Wundertätigkeit der Uniform, hinter der sich ein solches Subjekt so leicht zu verbergen vermag. Der Glanz der Uniformknöpfe und der Rangabzeichen übt auf die Mehrheit der Zeitgenossen immer noch eine magische Wirkung aus. Beim Hauptmann von Köpenick kam diese Wirkung tragikomisch, bei dem Generalstabsoffizier zu Prag tragisch zur Geltung.

Durch einen Zufall fällt die Prager Verratsaffäre zusammen mit der Ankündigung, daß auch bei uns die Strafbestimmungen gegen Spionage verschärft werden sollen. Eine solche Verschärfung wird gegen die Spionage nichts ausrichten können. Auch nach den verschiedenen Landesverratsprozessen, die in Deutschland schon stattgefunden und teilweise zu harten Verurteilungen geführt haben, werden sich immer wieder Leute finden, welche das gemeine und gefährliche, aber lohnende Handwerk des Verrats militärischer Geheimnisse fortsetzen. Der Reiz des Goldes verführt eben gar zu leicht. Man machte bisher weniger Aufhebens, weil es meist untergeordnete Leute waren, die wichtiges nicht verraten konnten. In Oesterreich ist es aber ein höherer Offizier, welcher mit seinem Verrat eventuell der Macht, die ihn bestach, in einem großen Kriege den Sieg über sein eigenes Volk verschafft hätte. Darum ist die Bestürzung in der bürgerlichen Welt groß, weil man keine Grenze mehr sieht für das Umsichgreifen solcher Korruption!

Die bürgerliche Gesellschaft ist ohnmächtig gegen solche Auswüchse des Krieges und des bewaffneten Friedens, sowie des Mammonismus. Welch ein gewaltiger Kulturfaktor aber ist die moderne sozialistische Arbeiterbewegung, welche die Beseitigung des Krieges und des Mammonismus mit gleichem Nachdruck erstrebt!

Deutschland.

Der Streikbrecher als Mörder — Polizeiattacken.

In Frauendorf, einem kleinen Vorort von Stettin, kam es am Donnerstag abend zu großen Streikexzessen, bei denen ein Streikender von einem Arbeitswilligen mit einem langen Brotmesser in den Unterleib gestochen wurde. Der Stoß wurde so stark geführt, daß der Leib ein Stück aufgeschnitten wurde und die Eingeweide des Gestochenen zum Teil heraustraten. Der Arbeiter ist bald nach seiner Einlieferung in das Kreiskrankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen. Außer dem Getöteten wurde noch eine ganze Reihe fremder Personen von dem Krawall in Mitleidenschaft gezogen und von den zu Hilfe gerufenen Schutzleuten mehr oder weniger schwer verletzt. Wir erhalten über den Vorfall die folgenden Mitteilungen:

Bei der Firma Weiß, Zichoriensabrik in Frauendorf, streikten seit einigen Wochen etwa 100 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Bewegung war anfangs für die Streikenden sehr günstig. Nach und nach gelang es der Firma, Arbeitswillige zu bekommen. Zwischen den Streikenden und den Arbeitswilligen bestand ein

gespanntes Verhältnis. Die Streikenden taten ihre Pflicht als Streikposten, was natürlich den Arbeitswilligen nicht behagte. Als am Donnerstagabend die Tagesschicht der Streikbrecher die Fabrik verließ, begegnete der Arbeitswillige Brandenburg dem streikenden Arbeiter Reinhold Küll. Es ist nun nicht festgestellt, ob zwischen beiden eine Auseinandersetzung erfolgte. Zeugen, die zehn Schritte weit entfernt standen, haben nicht das geringste bemerkt. Brandenburg zog plötzlich ein langes Brotmesser, mit dem er schon seit längerer Zeit ausgerüstet war, und das er in den Beinkleidern unter der Weste verborgen hielt, und versetzte dem ahnungslosen Küll damit einen tiefen Stich in den Unterleib. Der Gestochene brach sofort zusammen. Der Mörder fuchtelte dann mit dem Mordinstrument umher und rief: „So, nun kann noch einer kommen!" Dann lief der Bube zur Fabrik zurück, wo er bei den unter dem Hausflur stehenden Gendarmen Schutz suchte. Der Besitzer der bestreikten Fabrik ließ den Erstochenen mit einer Tragbahre nach dem Krankenhaus bringen.

Die Tat wurde überall schnell bekannt. Männer, Frauen und Kinder sammelten sich am Orte an und gaben ihrer Entrüstung lebhaften Ausdruck. Die Masse begab sich nach dem Fabrikgebäude, um festzustellen, ob der Mörder nicht nach einer freien Seite hin entfliehen könne. Inzwischen hatte man aus den umliegenden kleinen Orten Polizei herbeigerufen, die aber gegenüber der aufgebrachten Menge nichts ausrichten konnte. Als nun das Gerücht auftauchte, der Mörder sei entflohen, geriet die Menge in große Erregung; sie drängte zur Fabrik, drückte das Tor ein und zerschlug auch einige Scheiben, aus denen die Streikbrecher wie zum Hohn auf die Draußenstehenden schauten. Der Verbandsleiter hatte inzwischen Eingang zum Kontor gefunden und sich davon überzeugt, daß der Verbrecher nicht entkommen war. Es gelang ihm denn auch, die Massen wieder zu beruhigen. Da erschien plötzlich in großen Trupps die Stettiner Polizei. Ohne langes Zögern kommandierte der Wachhabende die Mannschaften zum Dreinhauen. Rücksichtslos gingen die Beamten gegen die wehrlose Menschenmenge vor, mit blanker Waffe hieben sie auf die Fliehenden ein. Verschiedene Personen, Erwachsene und Kinder wurden teils schwer, teils leicht verletzt. Von den Schutzleuten wurden auch verschiedene Schüsse abgegeben. Schußverletzungen konnten jedoch nicht festgestellt werden. Nur mühsam gelang es, die aufgeregte Menge zu beruhigen. Der Krawall dauerte bis 10 Uhr abends.

Der Wehrbeitrag in der Budgetkommission.

Ueber den Umfang und die Art, wie das Einkommen zum Wehrbeitrag herangezogen werden soll, wurde in der Freitagssitzung der Kommission lebhaft debattiert. Die Konservativen wollten, daß Einkommen bis 50 000 Mark mit dem sechsfachen, Einkommen von 50—100 000 Mark mit dem achtfachen und Einkommen über 100 000 Mark mit dem zehnfachen Betrage in Anrechnung gebracht (kapitalisiert) werden. — Die Volksparteiler dagegen forderten, daß Einkommen von 7500 Mark und darüber ohne Rücksicht auf das Vermögen mit dem achtfachen Betrage herangezogen werden. Wenn das Einkommen zum mindesten 60 Prozent aus der Beschäftigung in freien Berufen, im Gewerbe, Handel oder der Landwirtschaft herrührt, ist der Beitrag der Abgabepflichtigen um 30 v. H. herabzusetzen. — Die Sozialdemokraten stellten die folgenden Forderungen:

Das Einkommen wird, soweit es aus ruhegehaltsberechtigter, lebenslänglicher Anstellung stammt, mit dem zwölfeinhalbfachen, im übrigen,
wenn es nicht mehr als 10 000 Mark beträgt, mit seinem sechsfachen,
wenn es mehr als 10 000 Mark, aber nicht mehr als 50 000 Mark beträgt mit seinem achtfachen,
wenn es mehr als 50 000 Mark, aber nicht mehr als 100 000 Mark beträgt, mit seinem zehnfachen
wenn es mehr als 100 000 Mark, aber nicht mehr als 500 000 Mark beträgt, mit seinem zwölfeinhalbfachen,
wenn es mehr als 500 000 Mark beträgt, mit seinem fünfzehnfachen Betrage in Ansatz gebracht.

Weiter forderten die Sozialdemokraten, daß durch Reichsgesetz das Einkommen festgestellt wird, die Veranlagung also nicht den Bundesstaaten überlassen bleibt. Genosse David wandte sich gegen die volksparteiliche Forderung, den Wehrbeitrag erst vom Einkommen von 7500 Mark an zu erheben. 90 Prozent aller akademisch gebildeten Beamten würden nach dem volksparteilichen Antrage von dem Beitrag befreit bleiben. Das wäre aber eine schreiende Ungerechtigkeit gegen den geschäftlichen und gewerblichen Mittelstand, der mit dem Vermögen, das im Betriebe steckt, herangezogen wird. Die Beamten haben in der Regel ein sicheres Einkommen bis zu ihrem Ableben, und bei ihrer so oft betonten nationalen Gesinnung werden sie doch gern zahlen. Besonders wichtig und notwendig ist, durch ein Reichsgesetz das Einkommen festzustellen und demgemäß abgabepflichtig zu machen. Die sozialdemokratischen Forderungen, wie auch die von David gegebene Begründung wurden von allen bürgerlichen Parteien angegriffen. Der Hinweis des Genossen David, daß die Zahlung eines Wehrbeitrages sich wiederholen werde, animierte den Grafen Westarp zu der Erklärung, daß von einer Wiederholung keine Rede sein könne. Das Zentrum sei damit einverstanden, daß Einkommen von über 200 000 Mark mit ihrem zwölffachen Betrage in Anrechnung gebracht werden. Die sozialdemokratischen Anträge, die die Veranlagung durch Reichsgesetze und eine stärkere Heranziehung der großen Vermögen herbeiführen wollen, wurden abgelehnt gegen die Stimmen unserer Genossen, der Volksparteiler und Elsässer. Der Paragraph 1 wurde sodann nach den Anträgen Westarp-Erzberger gestaltet. — Vermögen von 10 bis 30 000 Mark werden nur dann für den Wehrbeitrag herangezogen, wenn der abgabepflichtige Besitzer gleichzeitig ein jährliches Einkommen von 5000 Mark hat; Vermögen von 30 bis 50 000 Mark nur dann, wenn der Besitzer ein jährliches Einkommen von 3000 Mark hat. Außerdem werden nach den sozialdemokrat. Anträgen die großen Vermögen etwas schärfer herangezogen, als anfänglich in Aussicht genommen war.

Nach Paragraph 14 des Entwurfes soll das Vermögen der Ehegatten zur Heranziehung für den Wehrbeitrag zusammengelegt werden. Das Zentrum forderte für Familien mit Vermögen unter 200 000 Mark eine Ermäßigung des Beitrages um je 10 v. H. für den dritten und jeden weiteren Sohn, der seiner Dienstpflicht genügt hat. Abgeordneter Behrens forderte für solche Abgabepflichtige, die nicht Soldat waren, eine Erhöhung des Wehrbeitrags um 10 v. H., ebenso für solche Pflichtige, die 35 Jahre alt sind, ohne eine gesetzlich gültige Ehe eingegangen zu sein. — Die Konservativen forderten, daß dem Haushaltungsvorstande auch das Vermögen der Angehörigen hinzugerechnet wird, aus welchem ihm eine Nutznießung zusteht. — Genosse Wurm verlangte, im Zentrumsantrag 100 000 Mark statt 200 000 Mark zu setzen. — Der Antrag Behrens ist unannehmbar. Die Erfüllung der Militärdienstpflicht bei der allgemeinen Wehrpflicht dürfe nicht prämiiert werden. Die Geburtenziffer durch eine Junggesellensteuer heben zu wollen, sei völlig verfehlt. Wenn Staat und Gesellschaft den sozialdemokratischen Bestrebungen folgen würden, die gute soziale Verhältnisse herbeiführen wollen, wäre ein Geburtenüberschuß garantiert. — Sowohl von der Regierung wie auch von bürgerlichen Rednern wurde der Antrag Behrens bekämpft und dann abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag; dagegen fand der Zentrumsantrag Annahme. Die Kommission beschloß weiter, den Stand des Vermögens und Einkommens am 31. Dezember 1913 als für die Veranlagung maßgebend zu bestimmen. Den Grundstücken, die der landwirtschaftlichen Benutzung dienen, soll bei der Veranlagung der fünfundzwanzigfache Betrag zugrundegelegt werden. Die Sozialdemokraten beantragten, diesen Paragraphen zu streichen, also landwirtschaftliches Vermögen wie anderes zu behandeln. Das Zentrum und die Konservativen hatten Anträge gestellt, die die Begünstigung des landwirtschaftlichen Vermögens noch erhöhen.

*

Die Wehrvorlage nach den Kommissionsbeschlüssen.

Dem Reichstag ist nun der Bericht der Budgetkommission über die Wehrvorlage zugegangen. Danach hat die Wehrvorlage durch die Beschlüsse der Budgetkommission folgende Umgestaltung erfahren.

Die Friedenspräsenzstärke soll von 544 211 auf 659 563 erhöht werden, nicht, wie die Regierung vorschlägt, auf 661 176, und zwar für Preußen auf 511 153 (statt auf 513 068), für Bayern auf 73 370 (statt auf 73 168), für Württemberg auf 25 568 (statt auf 25 468). Die Zahl der Kavallerie-Eskadrons soll statt auf 550 von 516 auf 535 erhöht werden.

Im übrigen sind die Forderungen der Wehrvorlage unverändert geblieben, soweit die Präsenzstärke in Betracht kommt. Hinzugefügt wurde dem Gesetz über die Friedenspräsenzstärke ein neuer Paragraph 3 a:

Die Mannschaften des Beurlaubtenstandes werden, soweit militärische Gründe es gestatten, nur in den Wintermonaten zu Uebungen einberufen.

Außerdem hat die Budgetkommission in einer großen Zahl von Resolutionen der Kriegsverwaltung Wünsche ausgedrückt, die zum Teil schon oft und seit Jahren dringend vom Reichstag ausgesprochen worden sind. Die Zahl dieser Resolutionen, die in der Budgetkommission bei der Beratung der Wehrvorlage eine Mehrheit gefunden haben, beträgt nicht weniger als 24. Material für den Regierungspapierkorb.

Der Todesmarsch von Arys.

Eine lakonische Meldung vom 5. Juni hat die Welt darüber unterrichtet, daß zwei Tage vorher auf dem Truppenübungsplatz Arys in Ostpreußen, wo zurzeit einige Infanterieregimenter gefechtsmäßige Schießübungen abhalten, ein Gewaltmarsch in der starken Hitze fünf Todesopfer gefordert hat. Neunzehn Soldaten sind schwer erkrankt. Vier von den Toten gehören dem 5. Westpreußischen Infanterieregiment Nr. 148 aus Bromberg und der fünfte dem Deutsch-Ordens-Infanterieregiment Nr. 152 aus Marienburg an. Die neunzehn erkrankten Soldaten sind vom Infanterieregiment Nr. 148.

Der langen Zwischenzeit zwischen dem Unglück und der Unglücksmeldung entspricht eine ebenso lange Entschuldigungsnotiz, daß alle notwendigen Vorsichtsmaßregeln beobachtet worden wären, daß die Leute wiederholt Rast gemacht und kalten Kaffee getrunken hätten, und daß ihnen eine übermäßige Leistung nicht zugemutet worden sei. Erst nach dem Einrücken ins Quartier seien merkwürdigerweise starke Ohnmachtsanfälle aufgetreten. „Die Truppenärzte, die vollauf ihre Pflicht getan haben, suchen den Keim für die schweren Erkrankungen in der eigenartigen stickigen Luft des zuletzt durchschrittenen teilweise sumpfigen Kiefernwaldes."

Wer nicht an das naturgeschichtliche Wunder dieses vergifteten Waldes glaubt, wird sich mit den offiziösen Erklärungsversuchen nicht zufrieden geben. Es ist natürlich nicht zu vermeiden, daß bei sommerlichen Uebungen da und dort ein schwächerer Mann schlapp wird, ja auch einen gelegentlichen vereinzelten Hitzschlag wird man als unvermeidliche Nebenerscheinung des Kriegsspiels im Frieden hinnehmen müssen. Wo aber die Leute fallen wie die Fliegen, wo Massenerkrankungen, Massentodesfälle auftreten, da wird bis zum strikten Beweise des Gegenteils der Verdacht bestehen bleiben, daß nicht alles so zugegangen ist, wie es sein sollte.

Die Bestie des Krieges.

Den „leichtsinnigen Hetzern" ins Stammbuch.

Der deutsche Arzt Dr. v. Oettingen, der als Chef-Chirurg des serbischen Roten Kreuzes den Balkankrieg mitgemacht hat, äußert sich in einem Zeitungsartikel über den Krieg. Er schreibt unter anderm:

„Es hat zu jeder Zeit Verherrlicher des Krieges gegeben, und zwar nicht nur unter denen, die in Kriegszeiten im Trüben zu fischen gedenken, sondern auch Dichter und Denker haben sich begeistert über die segensreichen Wirkungen des Krieges ausgesprochen. **Mag man darüber richten und streiten, sicher ist, daß das entsetzliche Wesen des Krieges, das Grauen und die Scheußlichkeit nur in jenem haften bleiben, der die Kriegsleiden des Kampfes kennen lernen, sie beobachten mußte. Weder der Kulturfortschritt der Nationen, noch die vervollkommnete Technik der Waffen haben an der Grausamkeit des Krieges irgendetwas geändert. Im Gegenteil! Wenn in früheren Jahrhunderten „die Bestie im Menschen" noch die Genugtuung hatte, Aug' in Auge mit dem Feinde zu ringen ihn — sei es mit Kolben oder Zähnen — zu vernichten, so kommt das heutzutage nur noch selten vor. Der Soldat ist vielfach nur „Kanonenfutter" . . .**"

Dann schildert Dr. Oettingen die furchtbaren Leiden des modernen Krieges und wie ungenügend die sanitären Einrichtungen im Kriege sind. Er schließt: **„Den leichtsinnigen Hetzern — es sind meist solche, die selbst nicht ins Feuer kommen —, ihnen sei auch einmal das Kriegselend des Kämpfers vor Augen geführt!"**

Die leichtsinnigen Kriegshetzer werden sich trotzdem nicht abhalten lassen, ihr schmutziges Handwerk in unverantwortlichster Weise fortzusetzen. Es ist ja ihr Geschäft und bringt Profit. Schlimm ist es nur, daß sich noch Millionen Volksangehörige durch den „nationalen" und „patriotischen" Mantel täuschen lassen, der aller geschäftstüchtigen Kriegshetze so zweckmäßig umgehängt wird.

Oertelsche Erziehungsresultate.

Zu der Arbeitslosendemonstration in Breslau, die von der Polizei in der üblichen Weise verhindert werden sollte, hatte die Deutsche Tageszeitung bemerkt:

„Wenn die Arbeitslosen in den Städten, die nicht auf dem Lande arbeiten wollen, sich zu einer förmlichen Gefahr für den friedlichen Bürger ausbilden, so wird es die höchste Zeit, daß schärfere Maßnahmen gegen sie ergriffen werden.

Diese freundliche Stellungnahme hat einen Agrarier in Schreibendorf, Kreis Strehlen, veranlaßt, folgende gefühlvolle Karte an den Vorsitzenden des Breslauer Gewerkschaftskartells zu senden:

„Bitte schicken Sie Ihre sogenannten Arbeitslosen, auf deutsch: **Faulenzer, Bummler,** die neulich demonstriert, aufs Land. Wir müssen uns für teures Geld Ruthenen, Russen, Polen, Schweizer usw. kommen lassen, weil Sie und Ihr Anhang Landarbeit nicht mehr leisten mögen, lieber in die Stadt gehen, Gelegenheitsarbeit oder **gar keine** suchen, Ihre **Damen auf der Gartenstraße,** und dann möchten wir **Ihre tuberkulöse Nachzucht hier mit Kuhmilch auskurieren.**"

Die Roheit dieser Zusammenstellung von Arbeitslosen mit Dirnen, die dem zahlungsfähigen Publikum dienen, das Hineinziehen lungenkranker Kinder in die Beschimpfungen ist eine Leistung, deren nur Agrarier Oertelscher Erziehung fähig sind. Da zu den Organisationen, die um Abstellung der Not beim Breslauer Magistrat pe-

Ein Rekrut von Anno 1813.

Von Erckmann-Chatrian.

Autorisierte Übersetzung von Ludwig Pfau.

1.

Wer nicht Augenzeuge von Kaiser Napoleons Ruhm in den Jahren 1810 bis 1812 war, der vermag sich keinen Begriff davon zu machen, bis zu welchem Grade von Macht ein Mensch sich emporschwingen kann.

Wenn er durch die Champagne, Lothringen oder das Elsaß reiste, so ließen die Leute mitten in der Ernte oder Weinlese alles liegen und stehen, um ihm entgegenzueilen; acht bis zehn Stunden weit kamen sie herbeigelaufen: Weiber, Kinder und Greise stellten sich ihm auf den Weg, streckten die Hände empor und riefen ihr „Vive l'empereur! Vive l'empereur!" Man hätte meinen sollen, es sei unser Herrgott selbst, er gebe der Welt das Leben, und wenn er unglücklicherweise sterben würde, sei alles zu Ende. Etliche gute Leute aus der Zeit der Republik, welche darüber die Köpfe schüttelten und beim Glase Wein die Aeußerung wagten, daß auch der Kaiser gestürzt werden könne, galten für verrückt, denn das erschien ganz widernatürlich, und man wagte das nicht einmal zu denken.

Was nun mich und meine Person anbetrifft, so war ich seit dem Jahre 1804 in der Lehre bei dem alten Uhrmacher Melchior Gulden in Pfalzburg. Da ich nämlich ein schwächlicher Junge war und etwas hinkte, so hatte meine Mutter mich ein weniger anstrengendes Gewerbe erlernen lassen wollen, als diejenigen, welche in unserm Dorfe üblich waren, denn auf dem Dachsberge gibt es nur Holzhauer, Kohlenbrenner und Holzschlitter. Herr Gulden hatte mich gerne. Wir wohnten im erster Stock des großen Eckhauses gegenüber vom „Roten Ochsen", in der Nähe des französischen Tores oder der Porte de France, wie es dermalen heißt.

Von unserm Hause konnte man alle die Prinzen, die Gesandten und Generale bald zu Pferd, bald in Kaleschen oder Reisewägen, in gestickten Fräcken und Federhüten, oder in Pelzröcken und mit Orden aller Länder ankommen sehen, und von unserm Fenster aus sah man auf der Landstraße die Kuriere und Stafetten, die langen Züge von Pulverwägen mit Kugeln und Granaten, von Kanonen und Protzkarren, von Infanterie und Kavallerie vorüberkommen. Das war ein Leben, das war eine Zeit!

Der Gastwirt Georges drüben im „Roten Ochsen" erwarb sich in fünf oder sechs Jahren ein Vermögen; er hatte Wiesen und Obstgärten, Häuser und Aecker und bares Geld die Hülle und Fülle, denn alle diese Leute, welche aus Deutschland, der Schweiz, aus Rußland, Polen oder Gott weiß woher kamen, sahen nicht auf ein paar Hände voll Gold mehr oder weniger, die sie unterwegs verbrauchten; es waren ja lauter vornehme Leute und machten sich eine Ehre daraus, etwas draufgehen zu lassen.

Vom frühen Morgen bis zum späten Abend, und manchmal auch die ganze Nacht hindurch, war da drüben im „Roten Ochsen" offene Tafel. In der Gaststube im Erdgeschoß sah man hinter all den hohen Fenstern nur lange Tafeln mit großen, weißen Tischtüchern, mit blinkenden, silbernen Bestecken und weißen Tellern; die Tische brachen fast unter der Last von Wildbret, Fischen und anderen Leckerbissen, über welche die Reisenden mit gutem Appetit herfielen, denn diese Tische wurden schier gar nie leer. Und in dem großen Hofe dahinten hörte man nur das Wiehern der Pferde, das Geschrei der Postillons, das Lachen der Mägde und das Rollen der Fuhrwerke, die im Ankommen oder Abgehen durch den großen, gewölbten Durchgang fuhren. Ja, dem Gasthaus zum „Roten Ochsen" wird es seiner Lebtage nicht wieder so gut gehen!

Man sah dort auch Leute aus dem Städtchen absteigen, von denen man wußte, daß sie früher dürres Holz im Walde aufgelesen oder den Mist auf der Landstraße zusammengeschaufelt hatten, und die jetzt Majore und Obersten und Generale geworden waren, freilich immer nur einer auf Tausende, nachdem sie sich in aller Herren Länder mit dem Feinde herumgeschlagen.

Der alte Melchior, der immer mit der über die haarigen Ohren heruntergezogenen, schwarzseidenen Mütze, mit der großen, runden, horngefaßten Klemmbrille auf der Nase und mit zusammengekniffenen Lippen an seinem Werktisch saß, konnte sich nicht enthalten, zuweilen seine Lupe und seinen Bunzen wegzulegen und nach dem Gasthause hinüberzublicken, besonders bei dem lauten Peitschenknall der Postillone in hohen, schweren Kanonenstiefeln, kurzer Jacke und hänsenem Haarbeutel im Genick, der das Echo der Wälle weckte und immer die Ankunft irgend einer vornehmen Person anzeigte. Er paßte dann genau auf, und von Zeit zu Zeit hörte ich ihn sagen:

„Schau, schau, das ist der Sohn vom Ziegeldecker-Jakob, oder von der Strumpfflickerin Marie-Anne, oder vom Küfer Franz-Seppert! Der hat seinen Weg gemacht — jetzt ist er Oberst und Reichsbaron dazu! Aber warum steigt er denn nicht bei seinem Vater ab, der da drunten in der Kapuzinergasse wohnt?"

Sah er aber hernach einen solchen Emporkömmling doch nach jener Gasse hinuntergehen und rechts und links den Leuten, die ihm begegneten die Hand drücken, dann ward sein Gesicht ganz anders; er wischte sich mit dem großgewürfelten Taschentuch die Augen und murmelte:

„Ei, sieh, das ist ja die arme, alte Annet! Der muß es eine rechte Freude machen! Recht so, mein Junge, recht so! Er ist gar nicht stolz, sondern ein wackerer Kerl; wollen ihm nur wünschen, daß ihm noch nicht so bald eine Kugel trifft."

Die einen gingen ganz verdutzt vorüber, als schämten sie sich, ihr altes Nest wieder zu erkennen; andere dagegen gingen stolz durch die Stadt, um ihre Schwester oder Base aufzusuchen. Von diesen sprach dann jedermann, und man bildete sich etwas auf sie ein, als ob ganz Pfalzburg ihre Orden und Epauletten trüge; die anderen aber verachtete man noch eben so sehr oder noch mehr als damals, wo sie die Gasse kehrten.

Beinahe jeden Montag sang man in der Kirche ein Tedeum für irgend einen neuen Sieg, wobei die Kanone vor dem Arsenal ihre 21 Schüsse abgab, daß einem das Herz im Leibe bebte. In den darauf folgenden acht Tagen waren dann alle Familien in Sorgen, und namentlich die alten Frauen warteten ungeduldig auf Briefe; und wenn dann der erste Brief ankam, so wußte es gleich die ganze Stadt; diese oder jene hatte Nachrichten von ihrem Jakob oder Hans, und jedermann lief dorthin, um sich zu erkundigen, ob nicht auch von seinem Josef oder Hans Baptist etwas darin stehe. Von den Beförderungen und den Totenscheinen will ich gar nicht reden; an die Beförderungen glaubte jedermann, denn die Toten mußte man doch durch Lebende ersetzen; aber auf die Totenscheine mußten die Verwandten lange warten, denn sie kamen nicht sogleich und blieben zuweilen ganz aus, und die armen Alten hofften dann immer noch und dachten: Vielleicht ist unser Junge gefangen, und nach dem Frieden wird er schon wieder kommen; wie viele sind schon heimgekehrt, die man bereits für tot gehalten hatte! — Leider ward es aber schier niemals Frieden, denn wenn der eine Krieg zu Ende war, fing man wieder einen andern an. Es fehlte uns immer irgend etwas, bald in Rußland, bald in Spanien oder sonst irgendwo; der Kaiser war nie zufrieden.

(Fortsetzung folgt.)

titionierten, auch die christlichen Gewerkschaften gehören, kann sich der Briefschreiber ja bei ihnen erkundigen, weshalb ein Uebergang von Industrie- und Stuben-Arbeitern zu landwirtschaftlicher Beschäftigung für viele Arbeiter ausgeschlossen ist.

Entschädigung eines Opfers des Essener Meineidsprozesses.

Das Dortmunder Landgericht hat jetzt die Entschädigungssummen festgesetzt, die dem aus dem Essener Meineidprozeß bekannten früheren Verbandsbeamten, Genossen Meyer, zu zahlen sind. Meyer wurde seinerzeit in dem Prozeß gegen Schröder und Genossen zur vier Jahren Zuchthaus verurteilt, die er voll verbüßte. Im Wiederaufnahmeverfahren erfolgte dann seine Freisprechung. Das Landgericht zu Dortmund sprach ihm als Entschädigung für die verbüßte Zuchthausstrafe 21 153 Mark sowie ab 1. April 1913 eine Jahresrente von 1980 Mark bis zum 65. Lebensjahre zu.

Mann über Bord.

Der bisherige fortschrittliche Landtagsabgeordnete Schepp ist aus dem Fortschrittlichen Wahlverein für Niederbarnim ausgeschieden. Er war mit der Stichwahlparole seiner Partei nicht einverstanden und konnte es auch nicht sein. Im Jahre 1908 war er in Ober- und Niederbarnim gemeinsam mit zwei konservativen Kandidaten gewählt worden und hatte so an exponiertester Stelle die damaligen engen Beziehungen zwischen dem Liberalismus und der Reaktion versinnbildlicht.

Nun haben sich seine Freunde in den fünf Jahren ein wenig gewandelt, und da Schepp sich nicht gut selbst desavouieren konnte, mußte er ihnen den Rücken kehren. Vielleicht findet der eifrige Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung" weiter rechts ein Unterkommen.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Ein verfaulender Staat.

Noch läßt sich die Katastrophe, die durch den uniformierten Lumpen Redl über Oesterreich hereingebrochen ist, nicht voll ermessen und schon spricht alle Welt von einem neuen Skandal: Der ungarische Ministerpräsident Lukacz hat seine Demission gegeben, nachdem das Strafgericht auf die von Lukacz gegen den oppositionellen Abgeordneten Desy erhobene Beleidigungsklage erkannt hatte, Desy habe den Wahrheitsbeweis für die Beschuldigung, Lukacz sei der „größte Panamist", erbracht.

Desy, der frühere Staatssekretär im Finanzministerium, Vizepräsident der Kossuthpartei, hat diese Beschuldigung in einer Versammlung am 18. September vorigen Jahres erhoben, und in einem Artikel, in dem er seine Rede wiederholte, noch hinzugefügt, daß Lukacz bei den letzten Wahlen **vier Millionen Kronen Staatsgelder für Parteizwecke veruntreut** habe. Die veruntreuten Summen stammten, so erklärte er, nicht etwa aus dem Dispositionsfonds, oder aus anderen geheimen Fonds, sondern es seien Gelder, die ihrer Verfügung zum Nachteil des Staates entzogen worden seien. Diese Erklärung wiederholte er dann noch mehrmals. Der Ministerpräsident machte anfangs keine Miene zu klagen. Erst als die Angelegenheit gar nicht zur Ruhe kommen wollte, entschloß er sich zur Klage. Allerdings zunächst nur in sehr vorsichtiger Weise. Vor allem klagte er nicht gegen die Beschuldigungen, die Desy in der Presse gegen ihn erhoben hatte — die Klage wäre dann nämlich vor die Geschworenen gekommen —, sondern er klagte bloß gegen die mündlichen Aeußerungen, da er vor dem Berufsrichter, den er leichter beeinflussen zu können hoffte, mehr Aussicht hatte, zu siegen. Nun bot Desy einen umfangreichen Beweis dafür an, daß Lukacz der größte Panamist sei. Zunächst wollte er beweisen, daß Lukacz als Finanzminister im Jahre 1910 mit der „Ungarischen Bank- und Handels-Aktiengesellschaft" einen Vertrag über den Verschleiß des Monopolsalzes nur unter der Bedingung erneuerte, daß die Gesellschaft dem Aerar drei Millionen Kronen bezahle. Auf Weisung des Lukacz hat aber die Bank diesen Betrag nicht an die Staatskasse abgeliefert, sondern an den Wahlfonds der Regierungspartei. Dieselbe Bank hatte gegen die Direktion der Staatsbahnen einen Prozeß zu führen, der von Lukacz durch einen außergerichtlichen Vergleich beendet wurde, wonach ihr vom Staate als Entschädigung ein Betrag von 1 600 000 Kronen zu bezahlen war. Diesen Betrag mußte sie nun ebenfalls an den Wahlfonds der Regierungspartei abführen. Schließlich hatte die Bank noch einen Betrag von 150 000 Kronen an den Wahlfonds abzuführen, wofür ihr entgegen dem Gutachten des Industrierates ein Vertrag über die Unterstützung heimischer Hausindustrieartikel erneuert wurde. Die weiteren Beweise befaßten sich unter anderem mit dem Verkauf eines baufälligen Hauses, das dem Lukacz gehörte, an den Staat; dieses Haus in Zalatna, dem Heimatsort des Lukacz, war seinerzeit amtlich auf 12 306 Kronen geschätzt worden. Lukacz veranlaßte die dortige Sparkasse, das Haus für 85 000 Kronen zu kaufen, worauf es ihr dann vom Staat für 90 000 Kronen abgekauft wurde.

Das Gericht lehnte aber alle Beweise ab, mit Ausnahme des Beweises über den Verkauf des Hauses in Zalatna. Desy verzichtete nun auf die Durchführung dieses Beweises und wurde vom Gerichtshof zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Es war selbstverständlich, daß der oberste Gerichtshof — die königliche Kurie — dieses Urteil nicht bestätigen konnte. Er hob das Urteil auf und wies den Prozeß an die erste Instanz zurück mit dem Auftrage, alle Beweise zuzulassen.

Eine Woche dauerte die Verhandlung, die nun vor dem Budapester Strafgerichtshof stattfand. Lukacz ließ alle Minen springen, um die Durchführung der Beweise zu verhindern. Der Hauptzeuge, Elek, der die 4 800 000 Kronen im Namen der „Ungarischen Bank- und Handels-Aktiengesellschaft" an Lukacz ausgezahlt hatte, mußte plötzlich erkranken, und damit er nicht auf Grund des ungarischen Gesetzes in seiner Wohnung in Gegenwart des Angeklagten einem Kreuzverhör unterzogen werden könne, in einem österreichischen Sanatorium Zuflucht suchen, und man setzte es mit Hilfe des gefälligen österreichischen Justizministers durch, daß das österreichische Gericht die Zulassung der Prozeßparteien zu dem Verhör des Zeugen als unzulässig erklärte. Aber leider war Elek nicht der einzige, der von der Sache aus eigener Wahrnehmung wußte. Elek war nämlich seinerzeit vom Vorstand der Bank beschuldigt worden, daß er die vier Millionen defraudiert habe, und er hatte die Einsetzung eines Ehrengerichts durchgesetzt. Vor diesem Ehrengericht hatte nun Lukacz als Zeuge bestätigt, daß er das Geld bekommen habe. So wurde nun von den Mitgliedern des Ehrengerichts der Beweis erbracht, daß Lukacz die 4 800 000 Kronen wirklich bekommen habe.

Nun blieb dem Gericht nichts übrig, als den Wahrheitsbeweis als erbracht zu erklären und den Angeklagten freizusprechen, obwohl noch am Tage vorher Kaiser Franz Josef den „größten Panamisten" in Audienz empfangen und seine Berichte, wie offiziell mitgeteilt wurde, „gnädig zur Kenntnis genommen" hatte. Mit dieser Audienz sollte auf die Richter ein Druck ausgeübt werden, der aber angesichts der erdrückenden Beweise wirkungslos bleiben mußte.

Lukacz mußte demissionieren. Aber mit ihm ist auch seine ganze Partei kompromittiert, die „Nationale Arbeitspartei", die ihre Mandate nur dem gestohlenen Gelde verdankt und daher nach dem vernichtenden Ausgang des Prozesses die Mandate zurücklegen müßte. Aber der Kaiser — der ja zugleich ungarischer König ist — hat nicht nur den Panamisten gedeckt, sondern er deckt nun auch die Panamisten-Partei, und deshalb ist nicht anzunehmen, daß das ungarische Parlament aufgelöst wird.

Im ungarischen Abgeordnetenhause kam es zu stürmischen Szenen, da die Opposition dem gebrandmarkten Ministerpräsidenten unaufhörlich das Wort „Dieb! Dieb!" zuschleuderte. Die mit ihrem Führer an den Pranger gestellte Partei ließ nun die Parlamentswache — eine Errungenschaft der Aera Lukacz — einmarschieren, was zu neuerlichen Kundgebungen der Entrüstung Anlaß gab. Nun schlug ein Hauptmann der Parlamentswache mit dem Säbel auf einen oppositionellen Abgeordneten, namens Hedervary, der sich an den Pfui-Rufen beteiligt hatte, los und verletzte ihn durch einen glücklichen Zufall allerdings nur leicht.

Kleine politische Nachrichten.

Die elsaß-lothringischen Ausnahmegesetze, die der Matin zuerst veröffentlichen konnte, sind wie die Straßburger Neuesten Nachrichten mitteilen, von einem Unterbeamten der Straßburger Regierung dem Straßburger Vertreter des Matin verraten worden. Die Untersuchung habe ergeben, daß dieser Unterbeamte in die Lage gekommen sei, Abschriften von den Urtexten zu nehmen. Diese Abschriften hat er dann dem Berichterstatter des französischen Blattes — natürlich gegen Bezahlung — übergeben. Die Straßburger Neuesten Nachrichten teilen nicht mit, ob gegen den Unterbeamten ein Gerichtsverfahren anhängig gemacht oder ob er nur entlassen wird.

Die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Weilheim-Landsberg. Die Reichstagsersatzwahl in der oberbayrischen Zentrumsdomäne Weilheim-Landsberg, die durch den Tod des Zentrumsabgeordneten Freiherrn v. Thünefeld notwendig wurde, ist auf den 18. Juni angesetzt worden.

Das Jahrhundertfestspiel unter Militärboykott. Aus Breslau kommt die Nachricht, daß den Offizieren der Garnison Breslau verboten worden sei, die Aufführungen des Gerhart Hauptmann'schen Festspiels zu besuchen.

Aus Westpreußen.

Wie das Deutschtum gestärkt wird.

Die Ansiedlungskommission hat in Westpreußen wieder eine Anzahl Güter zu Ansiedlungszwecken erworben. Dabei wurden unverhältnismäßig hohe Preise bezahlt. Für das Gut Seehof bei Kulmsee wurde eine halbe Million entrichtet. Der Morgen Land wurde mit 960 Mark bezahlt. Das Rittergut Gottschalk im Graudenzer Kreise wurde für 940 000 Mark erworben; für den Morgen wurden hier 725 Mark entrichtet. Für das Rittergut Tursnitz wurden 1½ Millionen Mark angelegt. Der Morgen kostete hier 500 Mark. Man sieht daraus, wie überaus teuer die Güter gekauft sind, denn der Preis von 500 Mark für den Morgen ist auch schon ein recht bedeutender. Je teurer die Ansiedlungskommission kauft, desto schwieriger wird die Lage der Ansiedler; die Lasten, die sie zu tragen haben, steigen ständig, weil die Preise für die Grundstücke gerade infolge der Tätigkeit der Ansiedlungskommission fortgesetzt in die Höhe gehen. Das Schönste dabei ist, daß die Güter deutschen Agrariern abgekauft sind!! Sie haben natürlich ein glänzendes Geschäft gemacht und werden über die „Stärkung des Deutschtums" hocherfreut sein und für die „nationale Politik" warm eintreten. Den armen Ansiedlern, die mit dem Strick um den Hals angesetzt werden, werden aber die Augen aufgehen, wenn sie unter den schweren Lasten zusammenbrechen.

Danzig.

Ein interessanter Prozeß.

Der freisinnige Bildungswirt a. D. W. Schmitz gab unlängst vor der Berufungsstrafkammer wieder eine besondere Rolle. Seit Ende Mai ist er nicht mehr Pächter des Bildungsvereinshauses. Eine erhebliche Anzahl Gläubiger trauert dem freisinnig-königstreuen Mann nach, von dem sie, da er schon den Offenbarungseid leisten mußte, kaum je etwas erhalten werden. Er hat sogar die Beiträge seiner Angestellten für die Ortskrankenkasse nicht bezahlt und wurde im Anschluß daran mit seiner Schwägerin wegen Nötigung und Beleidigung von Beamten unter Anklage gestellt und verurteilt. Im Februar konnten wir nach Mitteilungen an Danziger Geschäftsleuten berichten, daß sie rund 3000 Mark Schulden von Schmitz nicht erhalten konnten. Wurden sie energisch, so hieß es, daß nicht Schmitz, sondern seine Schwägerin Inhaberin des Geschäfts war. Es ist aber nichts davon bekannt geworden, daß der Bildungsverein die Pachtung seines Hauses auf die Schwägerin übertragen hat. Es sind dann auch gegen den Verein, der das Auftreten des Sch. duldete, schwere Vorwürfe erhoben. Schließlich mußte Sch. doch noch vor Ablauf der Pachtung gehen.

In das in Danzig schon bekannt gewordene Geschäftsgebahren des Sch. leuchtete auch der Prozeß, an dem er zuletzt beteiligt war, hinein. Im Jahre 1912 richtete er im Bildungsvereinshause ein Kinematographentheater ein. Der Mechaniker Sch. war als Vorführer tätig. Als er für zwei Wochen den schuldigen Lohn von 32 Mark nicht erhielt, verklagte er Schmitz, den er als alleinigen Inhaber kannte. Als das Gewerbegericht nach einer Vertagung zur Verurteilung kommen wollte, rückte Sch. mit dem Einwande heraus, daß nicht er, sondern seine Schwägerin Eigentümerin sei. Das Gericht vertagte sich wieder, um diese Behauptung zu prüfen. Zur Zeit des neuen Termins war der Kläger von Danzig abwesend. Das Versäumnisurteil, das nun erging, befreite Schmitz resp. seine Schwägerin von dem unbequemen Mahner. Bis heute hat der Kläger seinen Lohn noch nicht erhalten!

Kurz vor Ostern 1912 wurde das Beschäftigungsverhältnis gelöst. Der Mechaniker behauptete, daß er gekündigt habe, weil er doch nicht umsonst arbeiten konnte. Eines Tages nahm er die Lampe des Vorführungsapparates zu einem Verwandten mit, um eine fest gewordene Schraube gangbar zu machen. Er teilte das auch dem Schmitz mit. Dieser ließ aber den Apparat durch einen Schutzmann von dort abholen, wo der Mechaniker ihn hingebracht hatte. Denn denunzierte er ihn und seine Braut, ohne die Spur eines Anhaltspunktes, wegen Diebstahls! Tatsächlich eröffnete die Staatsanwaltschaft auch das Verfahren. Allein auf die „Vermutungen" des Schmitz verurteilte auch das Schöffengericht beide, obwohl sie nicht vorbestraft waren, zu zehn Tagen Gefängnis. Vor der Strafkammer schnitt der stolze Sieger weniger rühmlich ab. Der Angeklagte Sch. gab an, daß er zu kleineren Reparaturen an dem Apparat verpflichtet war und diese nur im Interesse des Schmitz ausführte. Dieser habe ihn augenscheinlich nur deshalb wegen Diebstahls angezeigt, weil er einen Grund für die Verweigerung des Lohnes suchte, die mitangeklagte Dame bestritt ebenso entschieden, sich irgendwie schuldig gemacht zu haben. Schon nach der Aussage des Schutzmanns Kantowski konnte man nicht verstehen, wie diese Anklage überhaupt erhoben werden konnte. Der Beamte bekundete, daß der Angeklagte ihm sofort gesagt habe, daß er die Lampe repariere. Er fand sie auch in der Werkstatt seines Großvaters.

Umso selbstbewußter trat der Denunziant Schmitz auf. In seinem Eifer verwechselte er sogar die Begriffe. Er sprach von Entlassung, obwohl, wie ihn der Richter aufmerksam machte, nur die Kündigung erfolgt war. Dazu gab der Angeklagte noch an, daß er selbst gekündigt habe. Sehr stolz berief sich Schmitz darauf, daß die Lohnforderung der Angeklagten vom Gewerbegericht zurückgewiesen wurde. Herr Landgerichtsdirektor Dr. Richter belehrte ihn aber, daß das keineswegs der Fall gewesen sei. Die Abweisung durch ein Versäumnisurteil spreche durchaus nicht gegen die Berechtigung der Lohnforderung. Schließlich wurde selbst dem Vorsitzenden das Auftreten des Schmitz so unerträglich, daß er ihn energisch mahnte, den gebotenen Ernst vor Gericht nicht zu vergessen. Er ersuchte ihn, das überlegene Lächeln zu unterlassen; es sei nicht selten eher ein Zeichen von Verlegenheit! Als der Richter fragte, ob Schmitz bankrott sei, erwiederte dieser, er wohne jetzt in Langfuhr privat! Von dem Offenbarungseide sagte er nichts. Auch deutete er nicht an, daß der Bankrott kaum dort möglich ist, wo angeblich nur Schulden sind. Der Angeklagte stellte, ohne daß Schmitz widersprach, fest, daß dieser einem Kinematographenbesitzer auf dem Langenmarkt selbst die Kohlen für die elektrischen Bogenlampen nicht bezahlt habe. Für den „Diebstahl" hatte Sch. wieder nur — Vermutungen. Wie leichtfertig die Denunziation war, bestätigte Schmitz selbst, als er dem Verteidiger, Rechtsanwalt Rosenbaum, erklären mußte, daß er nicht gesehen habe, daß die Dame auch nur die Lampe trug.

Der Verteidiger forderte die Freisprechung, weil doch die Vermutungen und die offenbare Voreingenommenheit des Schmitz gegen die Angeklagten zur Verurteilung unmöglich genügen könnten. Auch der Staatsanwalt schloß sich dem Antrage an.

Das Gericht sprach beide Beschuldigte frei und betonte, daß es der Darstellung der Angeklagten geglaubt habe. Von dem „überlegenen" Lächeln des Schmitz war nun nichts mehr zu sehen.

Von den Großtaten ihres Schmitz weiß die Danziger Zeitung niemals etwas. Dabei ist sie auch von den erheblichen Benachteiligungen, die angesehene Danziger Geschäftsleute durch ihn erlitten haben, sehr gut unterrichtet.

Starker Tobak. Unsere Leser entsinnen sich des Krawalls, der bei der letzten Reichstagswahl durch das Eingreifen der deutschen Studenten in Schwetz erfolgte. Einer der Akteure, der Student Buddeberg aus Danzig, erlitt dabei eine schwere Augenverletzung. Obwohl nach dem seinerzeit von der Danziger Zeitung gebrachten eigenen Eingeständnis der Studenten der Krawall von ihnen provoziert ist, besaß Budbeberg den Mut, von der Stadt Schwetz eine entsprechende Entschädigung zu verlangen. Die städtischen Körperschaften haben dieses Ansinnen abgelehnt. Man darf neugierig sein, ob Herr Buddeberg es wagen wird, den Klageweg zu beschreiten.

Verhaftung. Ein Hamburger Matrose griff an Bord eines im Hafen liegenden Dampfers einen seiner Kollegen an und verletzte ihn durch mehrere Messerstiche. Der Gestochene mußte ins Krankenhaus gebracht werden, der Uebeltäter wanderte ins Gefängnis.

Aufgeschwemmte Leiche. Eine Arbeiterin aus Neufahrwasser, die seit einiger Zeit verschwunden war, wurde im Hafenkanal als Leiche vorgefunden. Es dürfte sich um einen Unglücksfall handeln.

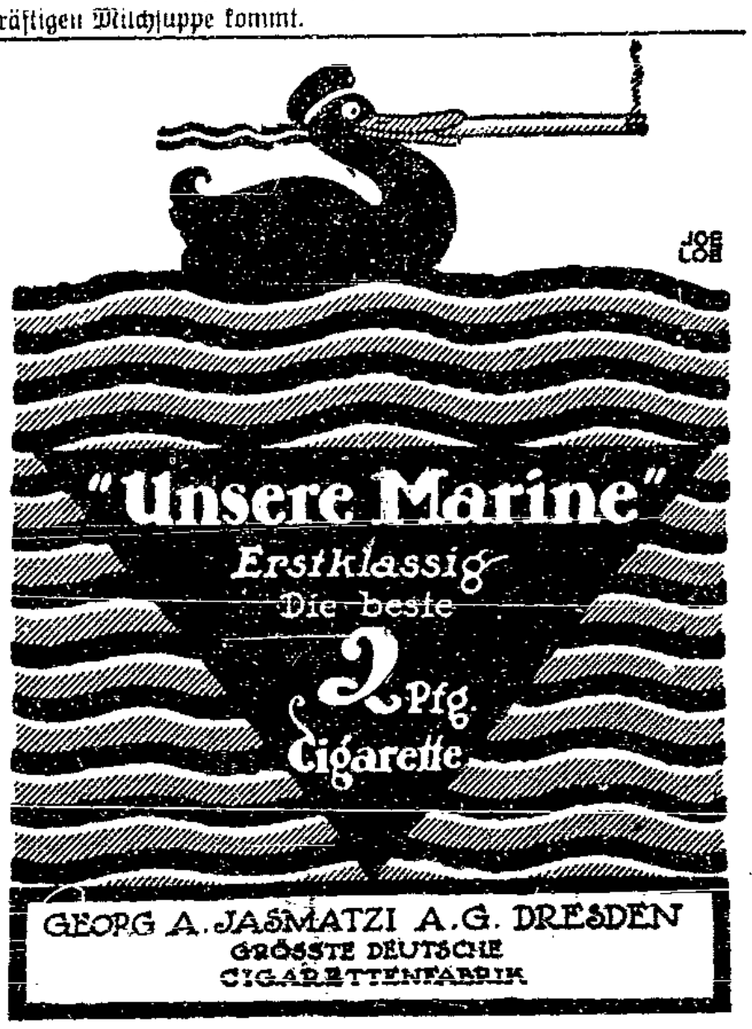
Soziales.

Pommersche Milchsuppe.

Wie unberechtigt die Klagen der Landarbeiter über ungenügende Verpflegung sind, lehrt ein Beispiel aus den pommerschen Gefilden, wo auf dem Gute eines Rittergutsbesitzers in der Nähe von Anklam den Knechten des morgens statt der üblichen Wassermehlsuppe Milchsuppe verabreicht wird. Die Besorgtheit der gnädigen Frau um das Wohlergehen ihres Gesindes geht so weit, daß eine Kammerjungfer, die den Knechten die gewohnte Milchration entziehen wollte, den Gutshof verlassen mußte. Wie das kam, sei in folgendem mitgeteilt:

Die gnädige Frau legt großen Wert darauf, durch Körperschönheit und zarte Haut die Zuneigung ihres Gatten sich zu erhalten. In hervorragendem Maße soll die Schönheit des Teints durch Baden in Milch gefördert werden. Da auf keinem ostelbischen Gute 5 bis 10 Liter Milch eine Kleinigkeit sind, war es der Frau Baronin ein leichtes, von der Mamsell zu verlangen, daß sie ihr jeden Morgen zwei Waschbecken mit Milch bereitstelle, um Gesicht und Hände darin zu baden. Da die gnädige Frau sich nur sehr wenig schmutzig macht, wäre es schade, die schöne Bademilch den Schweinen vorzusetzen. Die kommt den schwer arbeitenden Knechten mehr zu gute und so wurde die Milch nach dem Bade verwandt, dem Gesinde damit die Mehlsuppe zu veredeln.

Der gute patriarchalische Brauch ging jahrelang, bis eine vor kurzem eingetretene junge Mamsell neuzeitliche Umsturzideen empfand. Sie goß die Milch in die Schweinetränktonne, bis diese Verschwendung der Gnädigen zu Ohren kam. Die entrüstete Bemerkung der Edeldame: „Für die Knechte ist diese Milch doch gut genug!" beantwortete der junge Naseweis mit einem vorlauten: „Pfui, gnädige Frau, so was kann ich doch den Leuten nicht geben." Jetzt nach der Entlassung der jungen Rebellin findet wahrscheinlich die gute Absicht der Frau Baronin keinen Widerspruch mehr, so daß das Gesinde wieder zu seiner kräftigen Milchsuppe kommt.



Okassa Zarrotto-Cigaretten

aus Tabaken Ernte 1911 großartig!

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Donnerstag, den 12. Juni, abends 8 Uhr im großen Saale der Maurerherberge, Schüsseldamm 28

Frauenmitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag über geschlechtliche Aufklärung der Kinder. Referent: Genosse Loops.
2. Wahl einer Genossin in die Parteileitung.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.
J. A. Sellin.

10. Bezirk.

Donnerstag, den 12. Juni, abends 8 Uhr im neuen Vereinslokal

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Grünhagen über das Ergebnis der Landtagswahlen 2. Abrechnung. 3. Vorstandswahlen.

Die Bezirksleitung. J. A.: Ringe.

Organisierte Arbeiter

raucht nur die von organisierten Arbeitern hergestellte

TAG-Zigarette

der Tabakarbeiter-Genossenschaft Stuttgart. Vorzüglich im Geschmack, feinste Qualitäten. Nur zu haben bei **Eugen Sellin**, Schüsseldamm 56.

Gekrönte Häupter.

Zur Naturgeschichte des Absolutismus

26 Bände à Band **20** Pfg

Zu beziehen durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Danzig, Paradiesgasse Nr. 32, sowie durch die Boten.

Hausfrauen

die Zeiten sind schlecht und teuer, da heißt es rechnen und sparen. Die große Masse

des arbeitenden Volkes

kann sich bei der herrschenden Teuerung kein Fleisch

kaufen

In jedem Arbeiterhaushalt bildet das

Brot

das Hauptnahrungsmittel.
Mütter und Hausfrauen kauft Brot nur

aus der

durch ihre anerkannt vorzüglichen Brotsorten sehr beliebten

Danziger Brotfabrik

G. m. b. H.

Telephon 380. **Kolkowgasse 15.** Telephon 380.

Filialen:

Kolkowgasse Nr. 15	Melzergasse Nr. 14
Tischlergasse Nr. 35	Drehergasse Nr. 24
Baumgartschegasse 30	Mattenbuden Nr. 20

Schidlitz, Karthäuserstr. Nr. 103.

Wilhelm Zamory

Glas- u. Bilderleisten-Handlung

Teleph. 2505. **Danzig, Tischlergasse 47.** Teleph. 2505.

Durch Einkauf großer Posten Glas und Leisten bin ich in der Lage, zu besonders billigen Preisen zu verkaufen.

Für Abonnenten der Volkswacht Extra-Ermäßigung.

1912er Legehühner

Zoll, Emballage, Fracht franko jeder Bahnstation unter Garantie lebender und gesunder Ankunft, mit ärztl. Zeugnisse, gegen Voreinsendung des Betrages 13 Stück große, ital. täglich Eier legende **Hühner** früher Brut, mit einem schönen Zuchthahn, die Farben nach Belieben, 30 Mk. **Tafel-Kuhmilch-Butter**, täglich frisch, 10-Pfd.-Kolli 9 Mk. **Blumenbienenhonig**, naturrein, f. Brustleidende, 10-Pfd.-Dose 7 Mk., zur Probe 5 Pfd. Butter u. 5 Pfd. Honig 7,50 Mk. **Gänsefedern**, schneeweiß, staub- u. stielfrei, mit ganzen Daunen, von der Gans gerupft, per Pfd. 2 Mk. Dieselben fein geschlissen, sehr füllkräftig, per Pfd. 3 Mk. **Daunen-Flaumen**, 3 Pfund genügend zum Oberbett, per Pfund 6 und 5 Mk.

Osias Sternlieb,
Tluste H. 13 via Breslau.

Hut- und Mützen-Geschäft, Hutfabrik, **J. Rehefeld**, Breitg. 27 (3. Haus v. d. Goldschmiedeg.)

Wohnungen zu vermieten, Wallgasse 19 a.

Zum Waschen u. Reinmachen wünscht Frau Stelle. Baumgartschegasse 24, Hof.

Friseur F. Assmann, Heubude, Dammstr. 24

Singvögel und Vogelbauer billig zu verkaufen. Stadtgraben 20, hochp.

Rohr-Stühle

werden dauerhaft eingeflochten bei Eckhardt, Schidlitz, Weinbergstraße 26, Hinterhaus.

Halte meine Schuhmacherei den werten Genossen bestens empfohlen. **Fritz Robaczek**, Jungferngasse 30.

Anständige junge Leute, die in Arbeit stehen, können sich in Kost und Logis melden Tagneterg. 3.

Für **elektrische Anlagen** jeder Art empfiehlt sich **Schumann**, Hohe Seigen 23.

Empfehle meine Reparatur-Werkstatt. **Georg Krüger**, Schuhmacher, Schidlitz, Unterstraße 3.

Zähne

werden gut gezogen, auf Wunsch schmerzlos, auch w. d. Nerv getötet von **W. Schreiber**, Tischlergasse 27.

Ein Lehrling

Sohn achtbarer Eltern, der Lust hat, das Friseurgeschäft z. erlernen, kann sofort eintreten bei **W. Schreiber**, Friseur, Tischlergasse 27.

Möbliertes Zimmer zu vermieten. Kassubischer Markt 4.

Möbliertes Zimmer zu vermieten. Kassubischer Markt 6.

Kleinere Wohnung zu verm. **Fürste**, Kneipab 7—8.

Wohnung für 16,50 M zu verm. Steindamm 12—13.

Schleusengasse 13 2 Zimmer, Küche usw. zum 1. Juli zu vermieten. Preis 21 Mark. **Heinze.**

Wohnungen für 7—16 Mark. Johannisgasse 38.

Hunde werden sauber geschoren Tischlergasse 27, part.

Zeitungsausträgerin

kann sich sofort melden bei

P. Reimann, Elbing,
Leichnamstraße 118.

Frauenleiden

Mit einem Anhang:

Die Verhütung der Schwangerschaft
Von Dr. Jadel
Mit 9 Illustrationen

Preis 50 Pf., ungekürzte Volksausgabe 20 Pf., Porto 3 Pf.

Zu beziehen durch:

Buchhandlung Volkswacht
Paradiesgasse 32.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint wöchentlich einmal

Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen

Abzahlungsgeschäfte
S. Mallenton ELBING, Alter Markt 5. Möbel und Konfektion
N. Fingerhut, Danzig Milchkannengasse 30

Alkoholfreie Getränke.
Chr. Schatz Telephon 430
Sinalco

Bäckereien
Art. Kuhnke, Schidlitz, Karthäuserstr.

Beerdigungsanstalten
H. Herder Elbing, Wuchmarkt

Berufskleidung
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.

Bettfedern und Betten
Hygiea. Bettfedern-Reinigung und Desinfektionsanstalt Häkergasse 3
Part. Betten, Bettfedern, Fäsenanzüge

Bierbrauereien
Danziger Aktien-Bierbrauerei
Absatz ca. 100 000 Hl.
Alte Schloßbrauerei G. m. b. H.
Schloßbräu u. Ritterbräu
Münchner Paulaner-Bräu.

Bierhandlungen
Bierausschank B. Bublitz Graudenz, Culmerstr. 14—15.
1/1 L. Brauereiausschank 1/1 L.
Carl Preuss, Graudenz

Hotel zum jungen Löwen Graudenz, Unterbornerstr. 14

Blumenhandlungen
H. Gall, Graudenz, Oberbornerstr. 1-6

Brotfabriken
Danziger Brotfabrik G. m. b. H., Kolkowgasse 15
Blaue Schutzmarke Nr. 1 Nutzbrot
Bürsten, Besen, Pinsel
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4

Butter, Eier, Käse
Horst Lettau, Hundegasse 36
ca. 60 Käsesorten stets am Lager

Cigarrenhandlungen
Abdullah Schmiedegasse 19
J. NOETZEL Paradiesgasse 32 vorzügl. Zigarren-Spezialmarken.
M. Krause Rammbau 13 empfiehlt seine Spezialmarken

Corsetts und Schürzen
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.

Damenputz u. Modewaren
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.
M. Laube, Ohra
Kurz-, Weiß-, Wollwaren.

Destillation, Liköre
A. ALFERMANN Dampfdestillation „Zur goldenen Kugel" DANZIG, Fischmarkt 40-41.
F. Bonnen Spendhaus, Neugasse 10-11
T. Del Del Kolonialwaren.
Oscar Schützmann Tischlergasse 27 Liköre, Rum und Cognac

Drogen und Farben
HYGIEA-DROGERIE, Fischmarkt 1-3. Artikel z. Wäsche und Krankenpflege.

Fahrräder, Nähmaschinen
A. Hein, Breitgasse 115
Ernst Röhl, Breitgasse 78.
Max Kantzki, Hundegasse 21, T. 2404. Nähmaschinen D. R. P. Fahrräder-Decken, Reparaturen
L. Renters, ELBING, Schichaustr. 9.

Galanterie u. Lederwaren
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.

Gelegenheitskäufe
Häkergasse 10 Herrengarderobe, Schuhwaren.

Herrengarderobe
Lazarus, Langfuhr, Hauptstr. 35 Arbeiterbekleidung Maßanfertigung Herrenartikel
Schwersenz Langfuhr, Hauptstraße 47a Arbeiterbekleidung.
Stolpendorf Junge Brücke
Confektion Herrenartikel **Herz** Damenartikel Kinderartikel
Herm. Goldblum Neufahrwasser, Arbeiter-Konf., Herren- und Knaben-Bekleidung
Otto Daberkow Marienwerder, Markt 15 Herren- und Knaben-Garderoben Herrenartikel Schuhwaren

Herrenartikel
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.
Hut-Haus London II. Damm 10 Ecke Breitgasse

ENGLISH CLUB Breitgasse 105/107.

SCHMIEDEGASSE 7 Altstädter Graben 78 sämtl. Berufskleidg. z. billigen Preisen.

Kaufhäuser
Partiewaren, Gelegenheitskäufe Junkergasse 1 III. Damm 7—9
Johannes Schamp Elbing, Fischerstr. 43/44 Geschäftshaus für Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung **Arbeiter-Garderoben** Nähmaschinen und Fahrräder Blaue Rabattmarken
Sally Bieber, Stadtgebiet 46 Manufaktur-, Kurz- u. Schuhwaren, sowie sämtl. Arbeitergarderoben.

Kohlen, Holz, Briketts
Danziger Brotfabrik G. m. b. H., Kolkowgasse 15.
C. Ehlert Schidlitz, Karthäuserstr. 130, Futtermittel.
J. Woelke, Ohra, Hauptstr. 19.

Kolonial- und Fettwaren
B. Bahr, Schidlitz, Karthäuserstr. 114.
H. ESAU, — Schidlitz, — Karthäuserstr. 46.
Rich. Folchert Schidlitz, Unterstr. 10.
Theophil Kuschel, Rammbau 42
J. Lemke, Schidlitz, Karthäuserstr. 86.
Fr. Rauter, Schidlitz, Oberstr. 94.
J. Reischke, Schidlitz, Neue Borstadt 7
Alex Schalke, Fischm

C. E. Schimmelmann vorm PRANTZ Schüsseldamm 32 Mehl, Hülsenfrüchte etc.
Rob. Schulz SCHIDLITZ Karthäuserstr. 107.
A. Selke, Schidlitz, Unterstr. 18.
Herm. Sielaff, Schidlitz, Weinbergstr. 27.
E. Warkentin, Schüsseldamm 24.
G. Willutzki, Schüsseldamm 18.
J. Woelke, Ohra, Hauptstrasse 19.

Meereien
Rob. Kobusch, Schichaugasse 16.
F. Steckel, Fischmarkt 5, Häkergasse 37. Für Wiederverkäufer bill. Bezugsquelle in Käse, Butter etc.

Möbelmagazine
Arthur Schulz DANZIG, III. Damm Nr. 2 Billigste Bezugsquelle Möbel aller Art, sowie ganzer Ausstattungen.

Molkereien
Central-Molkerei G. m. b. H., **Danzig** Verkaufswagen in allen Stadtteilen.
Friedr. Dohm Produkte in bekannter Güte. **Niederlagen in allen Stadtteilen.**

Musikinstr., Grammophone
Danziger Sprechmaschinen u. Fahrrad-Zentrale, Hundegasse 33. Reelle und billige Bezugsquelle für Abonnenten der Volkswacht. Zubehör u. Reparaturen enorm billig.

Papier- und Schreibwaren
G. W. PETERSEN ELBING, Alter Markt 53 Schul- und Büro-Artikel.

Schirme, Stöcke, Mützen
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.

Schneiderei-Artikel
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.

Schnupftabak-Fabriken
Joh. Kostuchowski Danzig-Schidlitz Karthäuserstr. 113. Telefon 2747.
Julius Gosda Schnupftabak-Fabrik Danzig, 2. Priestergasse 5 Ecke Häkergasse

Schuhwaren
Großes Schuhwarenlager Inh.: Fritz Kepar Kl. Mühlengasse, neb. dem Pi... Arbeiter erhalten Extrarabatt.
Schuhwarenhaus Tuchler Holzmarkt 19 Unerreicht billige Preise.
L. Michaelis III. Damm Nr. 3 Heiligegeistg. 36. Großes Lager gediegener Schuhwaren, Arbeitsstiefel, Reparaturwerkstatt.

Seifen- u. Toiletteartikel
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.

Spielwaren
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.

Sprechmaschinen, Platten
A. Hein, Breitgasse 115.
L. Renters, ELBING, Schichaustr. 9.

Trikotagen, Wollwaren
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.

Uhren und Goldwaren
Karczewski, Junkergasse 6

Wäsche, Weiß- u. Woll-
Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.

Beilage zur Volkswacht

Nr. 48. | Danzig, den 11. Juni 1913. | 4. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Zu den Schichauunfällen.

Betriebsunfälle sind das traurigste Kapitel in Arbeiterkreisen sowohl, als auch bei denen, die des Lebens ernste Seite kennen gelernt haben. Jahr für Jahr sind es Tausende braver Arbeiter, welche im Kampf des Daseins, im Dienste des Kapitals verbluten. Gar mannigfach ist die Form, unter der der soeben noch rastlose Mensch verunglückt, und nach mehr oder weniger kurzer Zeit den Mund für immer schließt. Plötzlich sieht sich die Frau ihres Lebensgefährten entrissen, die Kinder des Ernährers und Erziehers beraubt. Unendlich größer ist neben den tödlichen Unfällen die Zahl der Schwerverletzten, welche um einen bestimmten Prozentsatz in ihrer Erwerbstätigkeit beschränkt bleiben. Mit überaus geringen Hoffnungen auf Erwerb geht der durch Unfall Verletzte seinem Lebensende entgegen. Nicht immer wird er in dem Betriebe, in dem er verunglückte, weiter beschäftigt. Weniger sozial denkende Unternehmer betäuben ihre Gewissensstimme — wenn sie noch eine haben — indem sie sich sagen, ich bin persönlich schuldlos an dem Unglück, überdem bekommt er oder die Hinterbliebenen die Rente. Ein recht magerer Trost. Kann mit der Hinterbliebenenrente der Frau der Mann, den Kindern der Vater ersetzt werden? Nie und nimmer. Darum wird das Schlachtfeld der Industrie für die Arbeiterschaft das traurigste Kapitel sein und bleiben.

Betriebsunfälle werden sich niemals ganz beseitigen lassen, solange produziert wird. Die Unfallgefahr zu beschränken, auf das Mindestmaß herabzudrücken, ist nicht nur die Pflicht der Arbeiter in ihrem eigenen Interesse, sondern auch das der Regierung, des Gesetzgebers. Letzterer hat durch die Schaffung der Unfallberufsgenossenschaften den Anfang gemacht. Die Unfallverhütungsvorschriften können die Unfallgefahr eindämmen, wenn sie von dem Unternehmer und Arbeiter eingehalten werden. Leider trifft das auf beiden Seiten nicht immer zu. Ersterer umgeht die Vorschriften weil sie manchmal das Unkostenkonto belasten, letzterer, weil er sich der Gefahr seiner Arbeit gar nicht, oder nicht mehr bewußt ist, durch die jahrelange Beschäftigung. Die um ihm herum vorkommenden Unfälle nehmen sein Denken nicht lange in Anspruch, die Arbeitsmethode treibt ihn zu weiterer Arbeitsleistung an.

Und dennoch kann nicht oft genug auf die Unfälle als Menetekel hingewiesen werden, weil es jeden einzelnen Arbeiter morgen treffen kann, was seinem Arbeitskameraden heute passiert ist.

Zu den tödlichen und schweren Unfällen stellen die Seeschiffswerften prozentual ihren redlichen Anteil. Die Unfallgefahr ist in diesen Betrieben eine verhältnismäßig hohe. Das Zusammenwirken großer Arbeitermassen auf einem verhältnismäßig kleinen Arbeitsraum ist an sich schon eine Gefahr. Diese wird noch erhöht durch das Uebereinanderarbeiten auf den Stellagen. Die Stellagen bilden den Ausgangspunkt vieler Unfälle auf Werften. Nicht selten hören wir, daß schwere Unfälle hervorgerufen werden durch Sturz von der Stellage oder durch fallende Gegenstände von den Stellagen, oder das Herunterstürzen von Platten aus den Befestigungen der Krähne und Hebewerkzeuge. In letzter Zeit sind nun mehrere Unfälle mit tödlichem Ausgang auf der Schichauschen Werft passiert, welche die Kritik geradezu herausfordern. So verunglückte vor zirka acht Tagen der Schiffbauer K. durch Sturz von der Stellage, da an derselben kein Geländer vorhanden war. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Wenige Tage später stürzte der 54 Jahre alte Stemmer und Verpacker Klabuhn durch Bruch der Stellage ab, und schlug mit dem Kopf auf die Eisenschienen auf. Er starb auf dem Wege zum Lazarett. Nach den Beschreibungen von Augenzeugen hat sich das Drama folgendermaßen zugetragen: Kl. hatte am Schiff seinen Arbeitsplatz zu wechseln und ging mit seinem Werkzeug die Stellage entlang, auf der gearbeitet wurde. Plötzlich ein Knistern, ein Aufschrei und das Unglück war geschehen. In der Stellage war ein „blindes" Brett, welches sonst nicht zum Stellagebau genommen wird. Es war ein Modellbrett von zirka fünf Millimeter Stärke. Natürlich konnte es die Last eines mit Werkzeugen beladenen Mannes nicht aushalten, es brach durch und hatte den Tod des Familienvaters zur Folge.

Wenige Tage später verunglückte der Schiffbauarbeiter T. durch Absturz von der Stellage und fiel nach dem Innenschiff vom Doppeldeck auf das Tankdeck. Auch er starb auf dem Wege zum Lazarett. Augenzeugen berichten über den Unfall folgendes: Auf dem Doppeldeck des „Bremer" Schiffes befindet sich eine große Luke, über welche mehrere Laufbretter als Stellage führen. Dieselbe war mit einem Geländer versehen. Das Geländer war mit Streben versehen und an den Planken mit Bolzen und Schrauben befestigt. Das war allen, welche die Laufbrücke passierten, bekannt. Zum Zwecke einer Arbeit, wurde die Laufbrücke über der Luke entfernt und nach Verrichtung derselben wieder hingesetzt. Dabei wurde aber das Geländer nicht wieder, wie bisher, durch Bolzen und Schrauben befestigt. Der Arbeiter T. welcher die Laufbrücke wieder zu passieren hatte, mußte wohl angenommen haben, es ist alles wieder in Ordnung, griff wie üblich zum Geländer und — stürzte mit demselben kopfüber in den Innenraum des Schiffes. Das Geländer war nur angelehnt, aber nicht befestigt. Auch er war Familienvater und vier Kinder trauern an seinem Grabe. Am selben Tage, wenige Stunden später, stolperte am selben Schiff der jugendliche Arbeiter M. über einen Gegenstand auf der Stellage und drohte zu fallen. Beim Fallen greift er — um sich zu halten — die Feldschmiede. Dieselbe wird mit umgerissen. Sie bedrückt den Arbeiter und beschüttet ihn mit den feurigen Kohlen, welche ihm schwere Brandwunden beibringen, ehe er aus seiner unglücklichen Lage befreit werden kann.

Nach den uns gewordenen Mitteilungen könnte die Unfallgefahr auch an den Stellagearbeiten bedeutend gemindert werden, wenn der Bau derselben etwas gediegener wäre. Fachleute, erklären übereinstimmend, daß die Stellagen auf der Kaiserlichen Werft Danzig in ihrer Herstellung ungleich besser sind. Sie sind dicht, zwischen den Stützen vollständig ausgefüllt und überall mit einem Schutzgeländer versehen. Wir hören auch aus diesen Gründen niemals von einem Unfall durch Sturz von der Stellage. Auf der Kaiserlichen Werft ist der Stellagenbelag zusammengestoßen und passend aneinandergefügt, wie bei Dielungen. Dadurch wird ein Stolpern über die Stellagebretterenden vollständig vermieden, desgleichen ist auch dadurch das Herabfallen der Gegenstände und die damit verbundene Unfallgefahr beseitigt. Wären die Stellagen bei der Firma Schichau ebenso wie auf der Kaiserlichen Werft, so wäre mancher Arbeiter noch unter den Lebenden und mancher Krüppel ein Mann mit gesunden Gliedmaßen. Wenn wieder in hiesigen Zeitungen zu lesen steht, daß die Firma einen Rekord in der Bauzeit eines Schiffes aufgestellt habe, gegenüber einer anderen Schiffswerft, so wolle man nicht vergessen, die Zahl der Opfer zu erwähnen, welche an dem Schiff gefallen sind. Wer in dieser Beziehung den Rekord schlägt, können wir mit Bestimmtheit nicht sagen, da uns die statistischen Unterlagen fehlen, doch vermuten wir, daß auch hierin die Firma Schichau Sieger bleiben dürfte. An der Gesamtarbeiterschaft wird es aber liegen, mit Hilfe ihrer Gewerkschaften auch hierin nach und nach Verhältnisse zu schaffen, welche, wenn auch nicht die Unfallgefahr gänzlich beseitigen, so doch erheblich einschränken. Dieses Ziel zu erreichen, ist des Schweißes der Edlen wert. Darum frisch auf Kollegen, ans Werk. Hinein in die freien Gewerkschaften.

Wenn du die Inserate deiner Zeitung beachtest

und bei deinen Einkäufen darauf Rücksicht nimmst, dann leistest du deiner Zeitung einen Dienst, dessen Wichtigkeit du kaum ahnst. Der Geschäftsmann inseriert in der Presse, um alte Kundschaft zu erhalten und neue zu gewinnen. Er wird bei Verausgabung seiner für Reklame bereitgestellten Summen die Zeitung am meisten berücksichtigen, von der er sich die größte Wirkung verspricht.

Die Bedeutung der sozialdemokratischen Presse wird von manchen Geschäftsleuten aber noch sehr unterschätzt. Darum mußt du, Parteigenosse, Gewerkschaftler, vor allen Dingen du, Arbeiterfrau, bei deinen Einkäufen in den bei uns inserierenden Geschäften darauf hinweisen, warum du gerade hier kaufst. Du mußt dem im Arbeiterblatt inserierenden Kaufmann sagen, daß du auf Grund seines Inserats in der Volkswacht zu ihm gekommen bist. Und wenn dich dein Weg einmal zu einem nicht inserierenden Kaufmann führt, mußt du ihn auf seinen Fehler aufmerksam machen. Der inserierende Kaufmann wird sich freuen, wenn er handgreiflich den Erfolg sieht, der nicht inserierende wird für den Wink zu geschäftlichen Erfolgen dankbar sein. Es kann also gar nichts Peinliches dabei sein, wenn die kaufende Arbeiterfrau auf ihr Blatt verweist.

Mit diesem einfachen Hilfsdienst wird unsere Presse und damit die Arbeiterbewegung in unschätzbarer Weise gefördert. Im bürgerlichen Zeitungsbetrieb sackt der Privatbesitzer die Erträgnisse des Inseratenwesens ein. Bei uns dienen die Einnahmen aus dem Inseratenteil zur immer besseren Ausgestaltung der Zeitung, zur Steigerung ihres Einflusses, zur Vergrößerung ihrer Schlagfertigkeit — **im Dienste der Volksinteressen.** Wenn du also die Mahnworte genau beherzigst,

dann leistest du dir selbst einen großen Dienst!

Konservative „Bildung".

Im allgemeinen sind Konservative und Fortschrittler in Danzig ganz gute Freunde. Sie gehen bei den Stadtverordnetenwahlen Hand in Hand, beißen sich wohl bei der Reichstagswahl ein wenig herum, aber das ist nicht böse gemeint. Kommt der Stichwahltag, dann borgt Münsterberg seinen Lieben Geld, damit sie in Schwetz dem Konservativen, den er in Danzig bekämpft, aus der Patsche helfen. Und vor den Toren Danzigs, im Landkreise, laufen die Fortschrittler zu Hunderten ins konservative Lager über, obwohl ihre Zentralleitung ihnen die Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten zur Pflicht gemacht hat. Bei dem Freundschaftsverhältnis zwischen Junkern und Fortschrittlern befinden sich letztere meist recht wohl. Nur zuweilen gibts für die armen Luder fürchterliche Prügel, wenn sie es wagen, einmal nach eigenem Gusto etwas tun und lassen zu wollen. Dann klatscht die Peitsche hernieder, wie das in Nummer 130 der Danziger Allgemeinen Zeitung der Fall ist:

> **Bewußte freisinnige Lügenhaftigkeit.** Es geht nicht anders. Manche Leute sind so dickfellig, daß man im parlamentarischen Ton nicht mit ihnen verkehren kann. So die „Danziger Zeitung" . . .
>
> . . . Wir rechneten anfangs noch mit dem **senilen Gedächtnisschwund der alten freisinnigen Tante** . . .
>
> . . . Wenn man von einem Blatte des Niveaus der Danziger Zeitung auch schon nicht erwarten kann, daß es erkannte Unwahrheiten berichtigt, so durfte man solch ein kleines Fünkchen von Anstand aber doch noch voraussetzen, daß das Blatt seine nachgewiesen falsche Unterstellung wenigstens nicht noch wiederholt. Die **Danziger Zeitung scheint indes Wert darauf zu legen,** an Tiefstand der Kampfesweise die sozialdemokratische Presse noch weit zu überbieten und **einen Rekord des Lügens aufzustellen. So setzt das Freisinnsorgan** als zynische Antwort auf unsere Feststellung der erwähnten Tatsache **auf eine Lüge gleich eine vielfache,** . . .
>
> . . . diese **nahezu pathologische absichtliche Unwahrhaftigkeit der „Danziger Ztg."** muß schon einmal auf gut deutsch als das bezeichnet werden, was sie ist: **Der Gipfel bewußter Verlogenheit.**

Da wir wissen, daß der russische Muschik sein Weib prügelt, um ihm seine Liebe zu zeigen, hätte uns diese Auseinandersetzung höchstens ein Schmunzeln abgenötigt. Wir würden sicher den Mantel der Liebe über die Streitigkeiten des ehemaligen Blockehepaares decken, wenn die Allgemeine nicht die Unverschämtheit besessen hätte, von einem Tiefstand der sozialdemokratischen Presse zu sprechen. Im politischen Teil unserer Nummer finden die Leser die Karte jenes schlesischen Agrariers an das Breslauer Gewerkschaftskartell. Kann jemand gemeiner sein, als dieser Mistjunker, um einmal „gut deutsch" zu reden, wie die Allgemeine das ihrem Erguß nachrühmt? Und in der gleichen Nummer 130 leistet sich das Agrarierblatt bei Besprechung der Tat des Stettiner Mordbuben folgende redaktionelle Randnote:

> (Wer arbeitet, um seine Familie zu ernähren, ist für die Sozialdemokraten ein Lump, anarchistische Revolverschießer gelten als Helden. Und mit dieser Gesellschaft paktiert die „bürgerliche" Volkspartei! D. R.)

Da hat einst ein Konservativer, Professor Hans Delbrück, erklärt, **„Kunst, Wissenschaft und Bildung haben sich in Deutschland unter die Fittiche der Sozialdemokratie flüchten müssen! Wir sind so weit, diese Partei schon gar nicht mehr entbehren zu können."** Da haben die größten Dichter und Gelehrten unserer Zeit — Zola, Ibsen, Strindberg, Björnson, Wallace, Anatole France, Sombart, Bücher — die Lauterkeit unserer Bestrebungen anerkannt und unserer Partei das Wahrzeichen einer Kulturbewegung zuerkannt. Minister und Staatsanwälte, Fabrikanten und selbst konservative Redakteure (die freilich ehrlichere Politiker waren, als ihr „Kollege" in Danzig!) haben unserm Wollen Komplimente gemacht. Aber das alles hindert nicht, daß ein arbeiterfeindliches Winkelblättchen von einem „Tiefstand der sozialdemokratischen Presse" faseln kann. Und da wir die uns nachgeworfenen Roßäpfel nicht in die Hand nehmen mögen, so bleibt uns nur übrig, den Rock zu bürsten und weiter zu gehen. Wer die Besten der Menschheit für sich hat, braucht sich um kläffende Hunde nicht schleren.

Die Danziger Jubiläumsstiftung.

Der Magistrat beantragt bei den Stadtverordneten die Bewilligung von 385 000 Mark, um auf dem Heumarkt ein Hallenschwimmbad als Andenken an das fünfundzwanzigjährige Kaiserjubiläum zu errichten. Es ist also doch gut, daß Fürsten Feste feiern, weil dabei gelegentlich auch einige Brocken für Kulturaufgaben abfallen. Andernfalls hätten, wie die Begründung der Magistratsvorlage zwischen den Zeilen lesen läßt, die Danziger noch lange auf das Schwimmbad warten können. Doch zügeln wir unsere Spötterzunge und freuen wir uns lieber der Gabe des Magistrats. In Aussicht genommen sind die Grundstücke Heumarkt 1 und 2. Das Schwimmbad soll ein 28 Meter langes und 11 Meter breites Bassin erhalten. Mit ihm soll ein Sonnen- und Luftbad verbunden werden.

Die Erweiterungsmöglichkeit durch Hinzufügen eines zweiten Bassins, das dann ausschließlich von Frauen benutzt werden soll, während vorläufig ein zeitlich geteilter Betrieb für Männer und Frauen in dem jetzt geplanten Schwimmbassin in Aussicht genommen ist, und durch Hinzufügung von Heißluftbädern ist in der ganzen Anlage vorgesehen. Eine solche Erweiterung ist nur angängig, wenn das Grundstück Neugarten Bl. 70 Krebsmarkt S. No. 10 Verwendung findet. Mit der Pächterin dieses Grundstücks, der Firma F. Bartels & Co. sind hinsichtlich der Freigabe dieses Grundstücks entsprechende Vereinbarungen bereits festgelegt worden.

So sagt der Magistrat und fügt weiter hinzu, er betrachte das Unternehmen als eine gemeinnützige Anstalt, die auf Verzinsung keinen Anspruch erheben dürfe. Mit Fausts Gretchen könnte man sagen: Wenn mans so hört, möchts leidlich scheinen, steht aber doch immer schief darum! Denn über die Eintrittspreise und die Benutzungsmöglichkeiten erfährt die Oeffentlichkeit in der magistratlichen Begründung nicht ein Wort. Und darum muß die Frage aufgeworfen werden: Soll das geplante Schwimmbad wirklich ein gemeinnütziges Unternehmen werden, d. h. auch den minder bemittelten Klassen der Bevölkerung zur Verfügung stehen? Oder betrachtet man im Schoße unserer Stadtväter das Kaiserjubiläum als eine günstige Gelegenheit, einigen bürgerlichen Sportvereinen ein Geschenk zu machen?

Elbing-Marienburg.

Schule und Alkohol.

Darüber besteht nirgends ein Zweifel: für Kinder, für die Jugend bedeutet der Alkohol ein gefährliches Gift. Der jugendliche Organismus ist viel zu zart, um den zerstörenden Wirkungen des Alkohols zu widerstehen. Manche Lehrer könnten darüber berichten. Auch auf einem jüngst in Berlin abgehaltenen Kongreß für alkoholfreie Jugenderziehung wurden die traurigen Folgen des Alkoholgenusses bei Kindern aufgedeckt. Von vielen Seiten hörte man da immer wieder, wie groß die durch Alkoholgenuß verursachten Schäden für die Gesundheit der Kinder sind. Leider ist die Verabreichung geistiger Getränke an Kinder in jedem Lebensalter auch heute noch allgemein verbreitet, mit mannigfachen Unterschieden, je nach Landessitte. Es wird schon vielfach den Säuglingen, um sie zu beruhigen, Schnaps gegeben. Auch herrscht der Aberglaube, daß Wein beim Zahnen der Kinder wirksam sei. Kinder vor und in den ersten Schuljahren bekommen oft gewohnheitsgemäß geistige Getränke. Eingehende Erhebungen bei den Schülern ergaben, daß vielfach eine überwiegende Mehrheit der Schulkinder alkoholische Getränke erhält. In den oberen Klassen der höheren Schulen und in den Fortbildungsschulen nimmt diese Erscheinung noch zu. Wie verbreitet der Alkoholgenuß unter den Schulkindern in vielen Gegenden ist, zeigt auch aufs neue die in der Medizinalabteilung des preußischen Ministeriums des Innern bearbeitete Uebersicht über die Gesundheitsverhältnisse der preußischen Monarchie im Jahre 1911. „Zahlreich — heißt es da — sind die Mitteilungen über Alkoholismus unter der Schuljugend. In den Kreisen Lötzen, Neidenburg, Ortelsburg und Osterode (Allenstein) wurden Kinder gefunden, die fast täglich Schnaps trinken. In einer Schule des Kreises Sensburg führte der Lehrer den Schwachsinn eines Knaben auf Schnapsgenuß zurück. Der Kreisarzt von Ost-Sternberg (Frankfurt) fand bei einem zwölfjährigen Mädchen, das einer Trinkerfamilie entstammte, bereits Zeichen des Alkoholismus, es wurde das Fürsorgeverfahren eingeleitet. In einem Dorfe des Kreises Groß-Wartenberg (Breslau) wurde regelmäßiger Alkoholgenuß einiger Kinder festgestellt. Nach Aussage des Lehrers fielen diese Kinder durch geistige Schwerfälligkeit auf. Im Regierungsbezirk Trier bekommen die Kinder überall, wenn auch nur in beschränktem Maße, Alkohol zu trinken, und zwar Most, bei besonderen Anlässen auch Bier und Wein. Im Kreis Regenwalde wurde bei den Schulbesichtigungen festgestellt, daß in zwei Orten mit Brennereien einzelne Schulkinder gewohnheitsgemäß Schnaps erhalten. Der Kreisarzt in Hofgeismar stellte bei einer Schulbesichtigung fest, daß der größte Teil der Schulkinder, selbst der jüngste Jahrgang, sich bei häuslichen Festen und sonstigen Gelegenheiten am Schnapstrinken der Eltern zu beteiligen pflegt."

Die Folgen des Alkoholgenusses bei Kindern sind Verdauungsstörungen und Gewichtsverlust, Leber- und Nierenerkrankungen, Blutbrechen und Blutarmut. Auch das Wachstum der Kinder wird dadurch beeinträchtigt. Besonders schwer wird das Zentralnervensystem und damit die geistige Leistungsfähigkeit betroffen. Ganz offenkundig ist die Herabsetzung der Intelligenz durch den Alkohol im Jugendalter. Darüber klagen viele Lehrer. Umfragen in Schulen Berlins, Münchens und Hollands und die Versuche des Professors Kräpelin-München haben festgestellt, daß die Schulleistungen der alkoholfreien Kinder doppelt und dreifach so gut wie die der regelmäßig Alkohol Trinkenden waren. Der Alkohol erzeugt einen künstlich hervorgerufenen Zustand der Ueberreizung. Bei einmaliger Alkoholisierung erscheint das Kind manchmal geweckter und vorgeschrittener als dem Alter entsprechend, doch zweifellos auch unbesonnener und minder gedächtnisfest. Bei häufigerem Genuß werden die geistigen Fähigkeiten immer mehr abgestumpft. Zerstreutheit, Unlust, Schläfrigkeit, Reizbarkeit, Keckheit und Egoismus tre-

len hervor. Die Schulfortschritte sind bei den trinkenden Kindern beträchtlich geringer als bei den enthaltsamen.

Die Schule kann im Unterricht den Alkoholgenuß der Kinder bekämpfen. Der Gedanke liegt nahe, daß ein gründlicher obligatorischer Unterricht über die Schäden des Alkohols sowie über die Alkoholfrage überhaupt in den Schulen eingeführt worden sei. Dem ist aber nicht so. Der alkoholgegnerische Unterricht steckt noch überall in den Kinderschuhen. Das ist erklärlich; die Lehrer frönen vielfach selbst dem Alkoholgenuß, und es fehlt ihnen die nötige Vorbildung für einen solchen Unterricht. Die Erfolge des alkoholgegnerischen Unterrichts hängen in der Hauptsache von der Art der Persönlichkeit ab, die ihn erteilt, auch von dem Standpunkt, den die deutsche Lehrerschaft gegenüber dem Alkoholismus einnimmt. Nur in ganz vereinzelten Fällen fand ein einmaliger alkoholgegnerischer Unterricht statt. So berichtet die Volksschullehrerin Wilhelmine Lohmann-Bielefeld:

„Ich habe in den letzten drei Jahren 214 Doppelstunden in den verschiedensten Teilen Deutschlands über die Schädigungen des Alkohols gehalten. Die Kreisschulinspektoren erteilten mir auf meine Anfrage hin bereitwilligst die Erlaubnis dazu und sandten mir in der Regel einen Stundenplan für 1 bis 2 Tage – länger konnte ich nicht abkommen. Der Unterricht geschah stets in der Oberklasse bei Mädchen und Knaben; in Bielefeld auch in der Fortbildungsschule in 33 Lektionen. Oft wohnten Vertreter der Schulbehörden, fast überall die Lehrerkollegien dem Unterricht bei. Ich habe mich bemüht, stets den wichtigsten, anschaulichsten und packendsten Lehrstoff der Alkoholfrage in diesen Lehrproben zu behandeln. Der Zweck dieses Wanderunterrichts ist aber nicht, den letzteren etwa für die Schule dauernd einzurichten, sondern vielmehr der Einführung des Nüchternheitsunterrichts in die Schule, und zwar in selbständigen Lektionen innerhalb der andern Unterrichtsfächer, besonders des Hygieneunterrichts, der uns ja leider in Deutschland noch fehlt, vorzubereiten."

Zweifellos ist auf diesem Gebiete bisher viel, sehr viel versäumt worden. Erfreulicherweise macht sich in der proletarischen Jugendbewegung ein alkoholgegnerischer Zug bemerkbar. Das ist zu begrüßen, denn eine alkoholfreie Jugend ist sicher für hohe ideale Bestrebungen leichter zu gewinnen, als eine durch Alkohol verseuchte.

Wenn das Tier erwacht. In Marienburg lockte ein 67jähriger Invalide das sieben Jahre alte Töchterchen eines Arbeiters in die Nogatkämpen und verübte dort ein Sittlichkeitsverbrechen an dem Kinde. Hinzukommende Personen bewirkten die Verhaftung des Abscheulichen.

Selbstmord. Der Arbeiter Johann König aus **Brunau** erhängte sich an einem Weidenbaum. Er hatte die Absicht hierzu einigen Bekannten gegenüber geäußert, aber diese glaubten, er scherze nur, und kümmerten sich nicht weiter um den Lebensmüden, bis am anderen Tage die aufgefundene Leiche den Ernst des Vernehmens bestätigte.

Danzig-Land.

Ein Blitzschlag setzte den Stall des Besitzers Epp in Schmerblock in Flammen. Das Gebäude brannte bis auf den Grund nieder.

Stuhm-Marienwerder.

Verschwunden. Beim Amtsgericht in **Stuhm** war seit Monatsfrist der Gendarmeriewachtmeister a. D. Müller beschäftigt. Der Beamte ist nun verschwunden, ohne daß bisher eine Spur von ihm ermittelt werden konnte. Auch in Stefken bei Thorn, dem früheren Wohnort Müllers, ist nichts über seinen Verbleib zu ermitteln gewesen. Da der Verschwundene seine Sachen in der Wohnung zurückgelassen hat, erscheint ein Unglücksfall nicht ausgeschlossen

5 Kühe erschlug der Blitz in **Hospitalsdorf** während des letzten Gewitters auf der Weide.

Graudenz-Strasburg.

Arbeiter in der Armenpflege.

Bis jetzt sind die Arbeiter in der öffentlichen Armenpflege nicht sonderlich zahlreich vertreten. Ihre Beteiligung steht in gar keinem Verhältnis zu der Zahl der Arbeiter. Nur 4,68 Prozent der Armenpfleger sind Arbeiter. Dazu hat eine Reihe von Städten überhaupt keinen Arbeiter in der Armenpflege beschäftigt. Die Beteiligung der Arbeiter an der öffentlichen Armenpflege findet nur in 57,75 Prozent der Städte statt. In Wirklichkeit sind ihre Zahlen sogar noch geringer, da vielfach Werkmeister und Kleingewerbetreibende zu den Arbeitern gerechnet sind.

Weshalb die Arbeiter so wenig zu der Armenpflege zugezogen werden, ist unerfindlich. Ob es nur die alte Gewohnheit ist? Daß sie ihr Amt ausgezeichnet auszufüllen verstehen, zeigt uns ein Bericht der Kieler Armenverwaltung. Die Wahl der Arbeiter in der Armenpflege, heißt es da, hat sich bewährt. Ungerechtfertigt war die hier und da lautgewordene Befürchtung, daß es den Arbeitern an der erforderlichen Zeit fehle, das Ehrenamt zu versehen. Die mit dem Ehrenamte eines städtischen Armenpflegers betrauten gewerblichen Arbeiter haben sich als ebenso sorgfältige Verwalter der städtischen Armengelder erwiesen wie ihre Kollegen, die anderen Berufen angehören. Ihre genaue Kenntnis der Lebensverhältnisse der Armenbevölkerung befähigte sie, den Grad der Hilfsbedürftigkeit und die zur Hilfe notwendigen Mittel zutreffend zu beurteilen. Allzu reichliche Bewilligung der Unterstützung ist nicht bemerkt worden.

Diese anerkennenden Worte der Kieler Armenverwaltung sind zugleich eine treffliche Begründung der Notwendigkeit, auch in Graudenz Arbeiter in der öffentlichen Armenpflege wirken zu lassen. Eine Beteiligung der Arbeiter ist im Interesse der Armen wie der Armenpfleger erforderlich, da die Armen dann von Gleichgestellten Hilfe erhalten und die Arbeiter weiter auf die soziale Ausgestaltung der Armenpflege dringen werden.

In Freistadt ertrank der Mechaniker Engel, als er im Stadtsee ein Bad nahm.

Thorn-Kulm-Briesen.

Eingestelltes Verfahren. Wegen Verdachts der Spionage hatte das Gericht über den Vizefeldwebel Zimmermann vom Thorner Infanterie-Regiment 176 die Untersuchungshaft verhängt. Ebenso über den Schirrmeister Seiler. Der Reichsanwalt hat jetzt entschieden, daß das Verfahren gegen die Angeschuldigten einzustellen sei und ihre Freilassung zu erfolgen habe, da keine Verdachtsgründe vorlägen. Die beiden ungerechtfertigt Verdächtigten sind auf freien Fuß gesetzt und nun bereits wieder Dienst.

Nobles Trinkgeld. Ein Damentäschchen mit 20 000 Mark Inhalt fand ein Märker auf einem Klosett des Hauptbahnhofes in **Thorn.** Die Eigentümerin des Geldes spendierte in ihrer Freude, das Geld wieder zu erlangen, dem Mann 100 Pfennige Finderlohn.

Vom Blitz erschlagen. Als der zwölfjährige Sohn eines Besitzers in Siegfriedsdorf die Kuh vom Felde heimtrieb, tötete ihn ein Blitzschlag. Ein zweiter äscherte das Besitztum eines Kätners ein.

Konitz-Tuchel.

Heidekultur.

Die Zeitschrift Natur, Organ der deutschen naturwissenschaftlichen Gesellschaft, Verlag Theodor Thomas in Leipzig, bringt in ihrem unlängst erschienenen 15. Heft aus der Feder des Oberlehrers Wernicke-Marienwerder eine fesselnde Schilderung der Tucheler Heide. Dem Aufsatz sind eine Anzahl Photographien beigegeben, die landschaftliche Schönheiten der als „reizlos" verschrienen Heide zeigen. Wir entnehmen der Schilderung Wernickes einige Ausführungen über die Heideleute und ihren kulturellen Zustand:

„Die eigentliche Bevölkerung stellt ein Mischvolk von Germanen und wendischen Slawen dar, gewöhnlich Kassuben genannt. Polen sind die eingesessenen Bewohner auf keinen Fall, obwohl sie polnisch sprechen und fühlen. Die jüngere Generation spricht durchweg ein gut verständliches Deutsch, ist arbeitswillig, geschickt bei der Arbeit und anpassungsfähig. Die jungen Männer gehen zahlreich nach dem Westen auf Arbeit und bringen Errungenschaften der Neuzeit, besonders auf landwirtschaftlichem Gebiet, in die Heimat zurück. Früher zogen die Mädchen ebenso zahlreich wie die Männer zum Geldverdienen in die Fremde. Doch neuerdings scheint die katholische, d. h. polnische Geistlichkeit sie stark zurückzuhalten, um sie vor dem Deutschtum zu bewahren. In der Heimat sind sie dann billige Arbeitskräfte, wie z. B. für eine Zigarrenfabrik in Groß-Schliewitz. Die ältere Generation ist weniger arbeitswillig, aber gutmütig und beinahe kriechend freundlich. Die Frauen sind durchweg scheu und bieten, wenn sie sich vor den Blicken des Wanderers nicht anders verbergen können, dem Fremden ihre Hinterfront zur Ansicht dar. Neugierig sind sie nur in Begleitung ihrer Männer. Auf den Gehöften in den Pustkowien herrscht zum Teil ganz außerordentliche Liederlichkeit und Schmutz. Die Häuser sind zum allergrößten Teil Blockhäuser, hin und wieder befindet sich eins nach altnordischem Typus gebaut. Das Inventar ist meist armselig und im höchsten Grade primitiv.

In der Forstverwaltung hat seit der Besitznahme von Westpreußen durch Friedrich den Großen im Jahre 1772 die preußische Ordnung ihren Einzug gehalten und in etwa 70 Jahren erreicht, daß öde Sandstriche in üppige Rieselwiesen verwandelt, ehemalige Brüche Aecker und Wiesen sind, und die Oedländereien, deren trauriger Anblick die Meinung einer Wüste aufkommen läßt, stämmigen Kiefernbestand tragen. Die Bewohner haben in der Heide durch Holzarbeit genügend Verdienst erhalten und es jetzt zu einem menschenwürdigeren Dasein gebracht als vor hundert Jahren. Aber schwer hat die Forstverwaltung mit den Bewohnern kämpfen müssen, ehe sie ihre alten Gewohnheiten aufgaben. Zur polnischen Zeit waren die Bienenwirte berechtigt, rings um ihre Beutkiefern den Wald abzubrennen, die Wilddieberei und der Holzdiebstahl waren ihnen nicht verwehrt. Die preußischen Forstbeamten unterdrückten das Beutnerwesen in ihrem Gebiet und verlangten Ehrlichkeit. Aus Rache zündeten die Einwohner die Wälder an und so brannten im Jahre 1794 14 000 Hektar, 1807 20 000 Hektar, noch am 26. Mai 1901 in den Oberförstereien Junkerhof und Taubenfließ 663 Hektar zusammenhängend ab und im vorigen Jahre fielen in Oberförsterei Wildungen hunderte von Hektar dem Feuer zur Beute. Trostlos ist noch viele Jahre der Anblick der Brandflächen und das Unterholz tritt erst sehr spät wieder auf.

Eine eigene Industrie hat sich in der Tuchler Heide nicht entwickelt. Die Teeröfen sind bis auf einen bei Laski verschwunden, die Glashütten sind bis auf ein paar eingegangen, nur Sägemühlen und Leistenfabriken scheinen der billigen Arbeitskräfte wegen zu blühen. Die Bedingungen für die Entstehung von Industrien am Rande der Heide sind gegeben. Braunkohlen stehen in abbaufähigen Flözen an der Brahe und dem Schwarzwasser an, die Wasserkräfte könnten erhöhte Ausnutzung erfahren und die Arbeitskräfte sind leicht zu haben. Auch Eisenbahnen durchqueren zahlreich das Gebiet. Doch vorläufig sind Versuche, Industrien zu schaffen, von kaum nennenswertem Erfolge gewesen."

Als preußischer Oberlehrer muß Herr Wernicke natürlich finden, daß die Bewohner jetzt menschenwürdiger leben als früher und daß sie durch die Holzarbeit genügend Verdienst erhalten, obwohl er wenige Zeilen vorher Liederlichkeit und Schmutz, Armseligkeit, primitives Inventar und geringe Höhe der Löhne konstatierte. Aber wie gesagt: dem preußischen Oberlehrer muß man einen solchen Schnitzer schon nicht weiter nachtragen. Und im übrigen ist Herrn Wernickes Schilderung ein wertvolles Zeugnis für den Umfang der Aufgaben, die die Arbeiterbewegung in diesem zurückgebliebenen Erdwinkel noch zu lösen hat.

Gerichtliches.

Was in Preußen möglich ist.

1. Akt: Gewaltiger Sieg eines Schutzmannskorps über ein Mädchen. 2. Akt: Niederlage vor dem Schöffengericht. 3. Akt: Sieg vor der Strafkammer. 4. Akt: Vor dem hohen Kammergericht. 5. Akt: Abermalige und hoffentlich endgültige Niederlage der bewaffneten Macht.

Die nachstehende Tragikomödie, die wir dem Vorwärts entnehmen, illustriert wieder einmal herrlich die wunderbaren polizeilichen Rechtszustände, unter denen die preußischen „Untertanen" zu leben gezwungen sind: Die Kriminalschutzleute Roswadowski und Franke in Berlin hatten den Auftrag, die Wohnung einer Frau Manthei in der Potsdamerstraße zu beobachten, weil die Frau im Verdacht stand, die Wohnung als Kuppelquartier zu benutzen. Eines Tages, um die Mittagszeit, sahen die Beamten am Fenster der verdächtigen Wohnung ein weibliches Wesen sitzen, welche mit einem Nachthemd oder Morgenrock bekleidet war. Ein weibliches Wesen um die Mittagszeit im – man denke! – Morgenrock. Das ist verdächtig, dachten die Beamten. Flugs gingen sie in die Mantheische Wohnung. Richtig, da saß Fräulein Dorothea Hillbrecht, ihres Zeichens Friseurin, nur mit einem Morgenrock bekleidet. In ihrer Gesellschaft befand sich ihr Bräutigam, ein Reisender namens Kassei. Die Beamten verlangten Legitimation. Der Mann gab einen Militärpaß, das Fräulein ihre polizeiliche Anmeldebescheinigung, welche auf eine Wohnung in der Steinmetzstraße lautete. **Die Anmeldebescheinigung genügte den Beamten nicht,** sie schlossen aus einer Äußerung Kasseis, daß die Angaben über die Persönlichkeit des Fräuleins nicht zuträfen. Fräulein Hillbrecht wurde also aufgefordert, nach der Polizeiwache mitzugehen. Sie weigerte sich; denn, sagte sie, die polizeilich abgestempelte Anmeldebescheinigung sei eine ausreichende Legitimation. Frau Manthei, ihr Mann und ihr Dienstmädchen kamen hinzu. Man machte den Beamten den Vorschlag, einer von ihnen möge nach der kaum 150 Schritt entfernten Polizeiwache gehen und feststellen, ob die in der Anmeldebescheinigung enthaltenen Angaben auf Fräulein Hillbrecht zuträfen. Die Beamten lehnten das ohne weiteres ab und beharrten auf ihrem Verlangen, Fräulein Hillbrecht müsse ihnen nach der Wache folgen. Das Fräulein blieb bei seiner Weigerung. Sie berief sich darauf, daß sie krank sei, wies auf ihr Gesicht, das geschwollen war, weil sie sich kurz vorher sechs Zähne hatte ziehen lassen. Sie deutete auch an, daß sie gesegneten Leibes sei und legte sich ins Bett. Aber wann wird wohl ein preußischer Schutzmann, der einen Verdacht hat, von seinem Verlangen Abstand nehmen? Was einmal verlangt war, wurde also mit Schneidigkeit durchgeführt. Einer der Kriminalschutzleute holte Verstärkung. Vor der Haustür stand die zweite Hälfte des Expeditionskorps, zwei uniformierte Schutzleute in Reserve. Nun rückten auch diese beiden auf den Kampfplatz. Nach Angabe der Kriminalbeamten sollen die Wohnungsinhaber eine „drohende Haltung" angenommen und das Dienstmädchen sogar eine Bratpfanne geschwungen haben. Doch es steht fest, daß sich aus der „drohenden Haltung" keinerlei Tätlichkeiten gegen die Beamten entwickelten und so konnten sie denn mit vereinten Kräften zur Sistierung des Fräulein Hillbrecht und ihres Bräutigams schreiten. Während einer der Kriminalschutzleute diesen nach der Wache brachte, bemühte sich der andere Kriminalschutzmann, Fräulein Hillbrecht aus dem Bett zu zerren. Das Mädchen sträubte sich nach Kräften, hielt sich fest und brachte ihre Hand mit dem Gesicht ihres Widersachers in eine Berührung, die nicht als Liebkosung empfunden wurde und auch keine solche sein sollte. Natürlich blieben die Polizeibeamten im Kampf gegen das schwache Mädchen Sieger. Fräulein Hillbrecht wurde, notdürftig bekleidet, wie sie nur war, und ohne Schuhe an den Füßen nach der Wache gebracht. Hier wurde in ganz kurzer Zeit **festgestellt, daß ihre Anmeldung durchaus in Ordnung und auf ihre Person zutreffend war.** Fräulein Hillbrecht konnte die Polizeiwache bald wieder verlassen. Sie hat aber, wie sie angibt, infolge dieser aufregenden Vorgänge kurz darauf eine **Fehlgeburt** gehabt. Schließlich kam auch noch das gewohnte gerichtliche Nachspiel in Form einer Anklage gegen Fräulein Hillbrecht wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Daß Fräulein Hillbrecht dem Schutzmann, der sie aus dem Bett zerrte, Widerstand geleistet, ihn auch ins Gesicht geschlagen hat, gibt sie zu. Das Schöffengericht Berlin-Schöneberg hat sie freigesprochen, weil es zu dem Ergebnis kam, daß die Beamten im vorliegenden Falle **nicht in berechtigter Ausübung ihres Amtes** handelten. Das Landgericht II dagegen hat der Berufung des Staatsanwalts stattgegeben, berechtigte Amtsausübung als vorliegend angesehen und die Angeklagte zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Die von der Angeklagten durch Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn eingelegte Revision hatte den Erfolg, daß das Kammergericht das Urteil aufhob und die Sache zur erneuten Verhandlung an das Landgericht I verwies.

In der erneuten Verhandlung, die vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I stattfand, drehte es sich im wesentlichen um die Frage, die nach der Entscheidung des Kammergerichts gelöst werden mußte: Sollte die Angeklagte nur als Zeugin, oder auch als Beschuldigte nach der Wache gebracht werden? Wie der Vorsitzende feststellte, hat keiner der Beamten dem Fräulein gesagt, daß sie als Beschuldigte festgenommen werde. Sie ist auch auf der Wache nicht als Beschuldigte behandelt und es ist auch kein Verfahren gegen sie eingeleitet worden. Der Vorsitzende fragte den Kriminalschutzmann Roswadowski, warum er nicht dem Ersuchen, nach der Wache zu gehen und dort die Legitimation zu prüfen, nachgekommen sei. Roswadowski meinte: Dann hätte sich Fräulein Hillbrecht inzwischen aus dem Staube machen können! Nun wurde dem Zeugen entgegengehalten: Der Schutzmann, welcher mit Kassei nach der Wache ging, hätte doch dort die Legitimation des Fräuleins prüfen können, dann wären doch noch drei Beamte in der Wohnung gewesen, die eine Flucht sicher verhindert hätten. Hierauf gab Roswadowski die Antwort: „So machen wir keine Feststellungen. Wohin kämen wir denn, wenn die Polizei in solcher Weise Feststellungen machen sollte!" Nachdem der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 20 Mark beantragt hatte, plädierte Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn für Freisprechung. Das Gericht kam zu einem freisprechenden Urteil. Es hielt für festgestellt, daß die Angeklagte zwar Widerstand geleistet habe, **die Beamten sich aber nicht in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes befunden hatten.** Die Sistierung sei nicht berechtigt gewesen; denn es habe nichts im Wege gestanden, daß einer von den vier Beamten nach der Wache gegangen wäre und dort die Legitimation der Angeklagten geprüft hätte.

Damit dürfte die Tragödie zu Ende sein. Denn es ist kaum anzunehmen, daß in dem Polizeistaat Preußen die Beamten zur Verantwortung gezogen werden.

Karl Kautsky: Der Weg zur Macht.
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.